

Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 1979



Vorwort

Zum dritten Mal wird der Öffentlichkeit ein Bericht über die Beobachtungsergebnisse des Verfassungsschutzes in Hessen vorgelegt. Er soll den Bürger in die Lage versetzen, sich anhand der mitgeteilten Tatsachen selbst ein Bild über Art und Schwerpunkte des politischen Extremismus, der sicherheitsgefährdenden Tätigkeit von Ausländern und der Ausspähungsbemühungen fremder Nachrichtendienste zu machen.

Der Verfassungsschutzbericht liefert Informationen für die politische Auseinandersetzung. Er strebt keine Vollständigkeit an; auch können aus der Erwähnung oder Nichterwähnung einzelner Organisationen oder Personen keine rechtlichen Folgerungen gezogen werden.

Das Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes ist im Grundgesetz und im Verfassungsschutzgesetz des Bundes klar umrissen. Es handelt sich um

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheim-

dienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht und

- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist keineswegs beliebig auslegbar. Das Bundesverfassungsgericht hat sie bereits in einer seiner ersten Entscheidungen vom 23. 10. 1952 (BVerfGE 2, 1ff.) definiert als „eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition“.

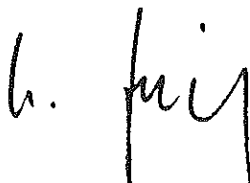
Nur Bestrebungen, die sich gegen diese unverzichtbaren Prinzipien unserer staatlichen Ordnung richten, sollten, um einer Begriffsverwirrung vorzubeugen, als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden.

Wie der Verfassungsschutzbericht zeigt, sind Träger von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen im wesentlichen Organisationen. Über sie haben die Verfassungsschutzbehörden nach ihrem gesetzlichen Auftrag Unterlagen zu sammeln und auszuwerten. Organisationen bestehen aber aus Menschen, und der Verfassungsschutz kann seine Aufgaben nicht erfüllen, ohne auch Unterlagen über Personen zu sammeln. Daß hierbei die rechtsstaatlichen Grenzen gewahrt bleiben und diese Unterlagen nicht rechtsmißbräuchlich zum Schaden der Betroffenen verwandt werden, wird durch strikte Anweisungen, durch die Fachaufsicht des Ministers des Innern, durch die Kontrollbefugnisse des Parlaments und neuerdings zusätzlich durch die Kontrolle des Datenschutzbeauftragten sichergestellt. Die zur Zeit auf Bundes- wie auf Landesebene intensiv geführte Diskussion mit dem Ziel, die Befugnisse des Verfassungsschutzes und die parlamentarische Kontrolle auch gesetzlich näher festzulegen, darf nicht als Mißtrauen gegen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes miß-

verstanden werden. Aufgaben und Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörden bedingen, daß der Bürger in der Regel nicht erfahren kann, ob und welche Unterlagen diese Behörden über ihn gesammelt haben. Er muß sich deshalb darauf verlassen können, daß seine Belange durch klare Regeln und eine unabhängige Kontrolle gewahrt werden.

Zu den Kontrollorganen in einer freiheitlichen Demokratie gehört nicht zuletzt die Presse. Der Verfassungsschutz kann und will von sachlicher Kritik nicht ausgespart bleiben. Es sollte aber berücksichtigt werden, daß die Verfassungsschutzbehörden und ihre Mitarbeiter sich nicht in gleichem Maße wie andere Behörden gegen ungerechtfertigte Angriffe wehren können. Sie müssen meist auch dann schweigen, wenn sie unrichtige und diffamierende Behauptungen leicht widerlegen könnten. Eine faire Berichterstattung wird dieser Schwäche durch besonders sorgfältige Recherchen Rechnung tragen.

Den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes gebührt Dank und Anerkennung für ihre schwierige und verantwortungsvolle Arbeit, mit der sie dazu beitragen, daß unsere freiheitliche Demokratie erhalten bleibt. Sie haben einen Anspruch darauf, bei ihrer Tätigkeit nicht nur respektiert, sondern auch tatkräftig unterstützt zu werden.



Ekkehard Gries
Hessischer Minister des Innern

Inhalt

Seite

| | |
|--|---|
| Gesetzliche Grundlagen | 5 |
| Grundgesetz | 5 |
| Verfassungsschutzgesetz | 5 |
| Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz | 7 |
| Parlamentarische Kontrolle | 7 |

| | |
|--|---|
| Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen | 8 |
|--|---|

| | |
|---|---|
| Informativer Verfassungsschutz | 9 |
|---|---|

| | |
|---|----|
| Rechtsextreme Bestrebungen | 11 |
| Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) | 11 |
| Junge Nationaldemokraten (JN) | 13 |
| Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen | 13 |
| Neonazistische Bestrebungen | 13 |
| Neonazistische Ausschreitungen | 16 |
| Beurteilung | 17 |

| | |
|--|----|
| Linksextreme Bestrebungen | 18 |
| Orthodoxer Kommunismus | 19 |
| Deutsche kommunistische Partei (DKP) | 19 |
| Nebenorganisationen der DKP | 23 |
| DKP-beeinflußte Organisationen | 26 |
| Neue Linke | 27 |
| Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) | 27 |
| Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) | 28 |
| Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) | 29 |
| Kommunistischer Bund | 30 |
| Sonstige kommunistische Gruppen | 30 |
| Undogmatische Neue Linke | 31 |
| Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen | 32 |

| | |
|---------------------------------|----|
| Terrorismus | 33 |
| Rote Armee Fraktion (RAF) | 33 |
| Revolutionäre Zellen (RZ) | 34 |
| Bewegung 2. Juni | 35 |
| Umfeld des Terrorismus | 35 |
| Beurteilung | 36 |

| | |
|---|----|
| Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern ... | 37 |
| Türkische Gruppen | 37 |
| Iranische Gruppen | 38 |
| Palästinensische Gruppen | 39 |
| Kroatische Gruppen | 39 |
| Beurteilung | 40 |

| | |
|---|----|
| Spionageabwehr | 41 |
| Allgemeine Lage | 41 |
| Werbungsanlässe und -methodik | 41 |
| Umfang der Werbungen und Werbungsversuche | 43 |
| Führungsmethodik | 44 |
| Ausspähungsziele | 44 |
| Beurteilung | 44 |

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (*Verfassungsschutz*) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
 - 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43) geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213).

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (061 21) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z – Verwaltung

Abteilung I – Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern

Abteilung II – Beschaffung

Abteilung III – Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus

Abteilung IV – Spionageabwehr

Abteilung V – Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden.

In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden:

- *Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie*
- *Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle*
Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- *Extremisten im öffentlichen Dienst*
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- *Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG*
- *Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland*
Darstellung von besonderen Fällen
- *Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»*
- *Verfassungsschutz und politische Bildung*
Gemeinsame Lernziele
- *Probleme des polizeilichen Verfassungsschutzes*
Fragen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts

- Strafrechtlicher Verfassungsschutz
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an heutigen Beispielen
- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Zur politischen Auseinandersetzung mit den linksextremen Bestrebungen
Probleme, Erfahrungen und Vorschläge
- Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
- Taktik und Methoden des Rechtsextremismus
Propaganda und Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen.

Rechtsextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die Situation des Rechtsextremismus war 1979 in Hessen wie auch im übrigen Bundesgebiet durch das verstärkte Auftreten neonazistischer Gruppen bei gleichzeitigem weiteren Niedergang der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* gekennzeichnet.

Obwohl auch neue neonazistische Gruppierungen erfaßt wurden, vergrößerte sich die Zahl rechtsextremer Aktivisten – es handelt sich in Hessen um nicht wesentlich mehr als 1000 Personen – nicht. Insbesondere jugendliche *Neo-Nazis*, die das *Dritte Reich* mit seinen verheerenden Folgen nicht mehr selbst erlebt haben, traten öffentlich für dessen Ideologie ein und zeigten unter anderem in Flugblättern und bei Ausschreitungen ihre antisemitische Einstellung. Wie im Vorjahr konnte bei ihnen auch 1979 die Bereitschaft zur Gewaltanwendung festgestellt werden.

Diese rechtsextremen Aktivitäten führten zu verstärkten staatlichen Maßnahmen. Anlässlich mehrerer Ermittlungsverfahren, die zum Teil durch Hinweise der Verfassungsschutzbehörden ermöglicht wurden, kam es auch in Hessen zu Hausdurchsuchungen, wurden Haftbefehle erlassen und Anklagen gegen Rechtsextremisten erhoben. In mehreren Fällen kam es zu Verurteilungen, darunter auch zu Haftstrafen.

Die rückläufige Entwicklung der *NPD* hat sich weiter fortgesetzt. Neben dem Mitgliederverlust und den schlechten Ergebnissen bei Landtagswahlen waren zudem personelle Auseinandersetzungen innerhalb der Führung sowohl auf Landes- wie Bundesebene feststellbar.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die am 20. November 1964 in Hannover gegründete *NPD* besteht nunmehr seit 15

Jahren als noch immer größte rechtsextreme Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl ihr Mitgliederstand von 1969 mit rd. 28 000 auf derzeit etwa 8 000 Mitglieder sank. Auf Grund innerparteilicher Flügelkämpfe und Führungsniksen zweifeln selbst Funktionäre an einem Überleben der Partei in den 80er Jahren.

Die *NPD* verlor bei den diesjährigen Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein bzw. bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen erneut einen großen Teil ihrer Wählerschaft und erreichte nur Stimmenanteile zwischen 0,4 und 0,7%. Trotz dieses für die *NPD* enttäuschenden Ergebnisses will sie sich 1980 mit Landeslisten an der Bundestagswahl beteiligen.

Im Bundesverband bildete sich unter dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der *Jungen Nationaldemokraten*, Oberstudienrat Günter Deckert, Weinheim, eine oppositionelle Gruppe gegen die sogenannte etablierte «Altherrenriege». Deckert konnte jedoch sein Ziel, die Abwahl des seit 1971 amtierenden Parteivorsitzenden Martin Mußgnug, auf dem *NPD*-Parteitag am 8./9. Dezember in Ketsch/Baden-Württemberg nicht erreichen.

Die *NPD* ist zunehmend bemüht, sich von neonazistischen Gruppen abzugrenzen, und will bei Verstößen auch Parteiauschlüsse vornehmen. Sie nimmt dabei einen weiteren Mitgliederschwund in Kauf. Angesichts ihres andauernden Zerfallprozesses hofft die *NPD*, sich durch dieses taktische Vorgehen als demokratische Partei darzustellen und darzutun, daß sie jedes gewaltsame Vorgehen zur Erreichung ihrer Ziele verurteilt. Die *NPD* gibt zwar in ihrer Satzung vor, «auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres politischen, geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens» zu stehen. Ihr rechtsextremes Gedankengut und ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung bleiben jedoch unverkennbar.

So vertritt die *NPD* wie die *NSDAP* die Idee der «Volksgemeinschaft», deren Interessen denen des Einzelnen vorgehen. Als geistiges Vorbild betrachtet sie u. a. den Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer (1878–1952), von dem das Parteiorgan *Deutsche Stimme* 2/79 schreibt:

«Insbesondere Kolbenheyer begründete, daß der Einzelmensch nicht ein freischwebendes sogenanntes Individuum ist, sondern ein Teilaufgabenträger der Gemeinschaft, zu der er gehört. Kolbenheyer hat nachgewiesen, daß der Lebenssinn des Einzelmenschen darin zu erkennen ist, daß er Diener seiner Art und seines Volkes ist, daß er nicht um seiner selbst willen, sondern um seines Volkes willen lebt und leben muß.»

In der Agitation der *NPD* ist 1979 die Kampagne gegen die «Überfremdung des deutschen Volkes», d. h. gegen die Einwanderung und Einbürgerung von Ausländern aus Südeuropa und aus anderen Erdteilen an die erste Stelle gerückt. Dieser Kampagne liegt eine rassistische Grundüberzeugung zugrunde, nämlich die der Höherwertigkeit der eigenen Rasse, die durch Vermischung mit Ausländern anderer Rassen gefährdet würde: «Wer Pakistani, Inder, Afrikaner und Vietnamesen nach Deutschland verschleppt, damit sie sich hier in Scharen vermehren, will uns biologisch und kulturell vernichten. Dann sind Deutsche in Deutschland bald eine Minderheit» (Flugblatt *Nationaldemokraten informieren*, herausgegeben vom Parteivorstand der *NPD*).

Die im Januar vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlte Serie «Holocaust», die die Judenverfolgung im *Dritten Reich* zum Inhalt hatte, wurde von der *NPD* als «Volksverhetzung gegen Deutschland» bezeichnet. Sie forderte in diesem Zusammenhang: «Schluß mit den ewigen Anklagen und Erpressungen! Schluß mit der Belastung der jungen deutschen Generation! Wahrheit und Gerechtigkeit für Deutschland.»

Die politischen Aktivitäten der in der Mitgliederzahl wiederum abgesunkenen und derzeit etwa 750 Mitglieder zählenden hessischen *NPD* wurden durch monatelange Querelen und persönliche Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Funktionären im Landesverband beeinträchtigt. Die sich gegen Ende des Jahres zuspitzenden Zerwürfnisse führten schließlich durch persönliches Eingreifen des Parteivorsitzenden Martin Mußnug dazu, den kaum noch arbeitsfähigen Landesvorstand durch Neuwahlen auf einem vorgezogenen Landesparteitag am 20. Januar 1980 in Gießen abzulösen. Der Landesvorsitzende Mathias Quintus, der erst im April mit knapper Mehrheit erneut gewählt worden war, erklärte sich zum Rücktritt bereit. Neuer Landesvorsitzender wurde der 32jährige Industriekaufmann Karl Philipp, Darmstadt.

Überregionale Bedeutung kam erneut dem diesjährigen *Deutschland-Treffen der NPD* zu. Auf Grund der in den Vorjahren mit *NPD*-Großveranstaltungen und Gegendemonstrationen gemachten Erfahrungen sprach der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main am 15. Juni aus Gründen des polizeilichen Notstandes ein Verbot der *NPD*-Veranstaltung wie der geplanten Gegenveranstaltungen aus. So hatten sich in Frankfurt am Main etwa 20 000 zum Teil verummte und mit Kampfanzügen und waffenähnlichen Gegenständen ausgerüstete Gegendemonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet eingefunden.

Die aus allen Teilen der Bundesrepublik angereisten *NPD*-Mitglieder wichen nach Bekanntwerden des Verbots nach Alzenau/Unterfranken aus, wo sie eine Ersatzkundgebung auf einem Parkplatz mit anschließendem Demonstrationszug von etwa 60 Teilnehmern durchführten. Bei Zwischenfällen mit der Polizei wurden Beamte durch jugendliche *NPD*-Anhänger verletzt.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die 1969 gegründeten *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, die in Hessen unverändert etwa 140 Mitglieder haben, folgen in ihrem Statut dem Programm der *NPD*. Mit Veranstaltungen, Kundgebungen, Zeltlagern, Informationsständen u. a. waren sie erneut wie in den Vorjahren aktiver als die *NPD*.

Trotz des Demonstrationsverbots für das diesjährige *Deutschland-Treffen der NPD* erschienen am 17. Juni *JN*-Mitglieder mit *NPD*-Transparenten und -Fahnen vor der Sowjetischen Militärmission in Frankfurt am Main zu einer antisowjetischen Kundgebung. Am gleichen Tag veranstalteten etwa 100 *JN*-Anhänger einen Fackelzug von Rüdeshelm zum Niederwalddenkmal. Auch bei den hessischen *JN* waren Anzeichen für eine Abgrenzung gegenüber neonazistischen Gruppen in Hessen erkennbar. Einige *JN*-Mitglieder, denen der gegenwärtige Kurs der *NPD* zu «lasch» ist, und die an militanten Aktionen anderer rechtsextremer Gruppierungen beteiligt waren, trennten sich deshalb von den *JN* und kamen damit einem möglichen Parteiausschluß zuvor. In der Öffentlichkeit geben sich die hessischen *JN* betont besonnen und sehen in der Abwendung von der militanten Rechten und der Vermeidung spektakulärer Aktionen eine größere Chance, in Teilen der jungen Generation neue Anhänger zu finden.

Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen

Die *Deutsche Volkunion (DVU)* des Herausgebers der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)*, Dr. Gerhard Frey, hielt zwar auch in Hessen einige Veranstaltungen ab, verfügt aber hier nicht über eine nennenswerte Anhängerschaft. Neue Anhänger versucht Dr. Frey durch die *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)* zu gewinnen. In der *Deutschen National-*

Zeitung (DNZ), die mit etwa 110 000 Exemplaren weiterhin die größte rechtsextreme Wochenzeitung der Bundesrepublik Deutschland ist, erschienen erstmals im November Aufrufe «an alle Deutschen», sich dieser Volksbewegung anzuschließen, wobei der Beitritt zur *VOGA* gleichzeitig die Mitgliedschaft in der *DVU* bedeutet.

Im Aufruf zur *VOGA* heißt es u. a.:

«Unter zunehmendem Druck und Terror werden vieljährige Schauprozesse gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges durchgeführt, während die Sieger ihre millionenfachen Morde am deutschen Volk 1945 bis 1947 amnestiert und ausnahmslos ungesühnt ließen.»

Von den parteiunabhängigen rechtsextremen Jugendorganisationen traten in Hessen nur die *Wiking-Jugend (WJ)* und der *Bund Heimmattreuer Jugend (BHJ)* vereinzelt in Erscheinung.

Die *WJ*, die sich u. a. zum «Sozialismus auf völkischer Grundlage» bekennt, und ihre Mitglieder anlässlich von Fahrten, Lagern, Heimabenden, Feierstunden u. a. im Sinne ihrer Vorstellungen schult, führte 1979 zum Jahreswechsel ein sogenanntes «Mahnfeuer» in Hilders, nahe der Zonengrenze, durch, an dem etwa 120 Anhänger teilnahmen.

Der *BHJ* veranstaltete im September in Wahlsburg-Lippoldsberg/Weser seinen diesjährigen Bundesjugendtag.

Neonazistische Bestrebungen

Bei der Erfassung und Beurteilung neonazistischer Aktivitäten ist die Besonderheit zu berücksichtigen, daß *Neo-Nazis* oft nicht Gruppen mit fester Vereinsstruktur bilden, sondern sich zu bestimmten Aktionen oder aus besonderen Anlässen zusammenfinden.

Eine weitere Besonderheit besteht darin, daß einzelne besonders aktive *Neo-Nazis* die Öffentlichkeit nicht selten durch angebliche Neugründungen von Organisa-

tionen verwirren. Falls diese «neuen» Gruppierungen nicht nur aus einer Person bestehen, ist es jedoch meist so, daß sich hier die (geringe) Anhängerschaft einer bereits bestehenden Gruppierung lediglich unter neuem Namen vorstellt, um Beachtung zu finden. Die alte Bezeichnung tritt dann in den Hintergrund. Dies erklärt auch, warum Namen früherer in Hessen besonders aktiver Gruppierungen im jetzigen Bericht keine oder nur geringe Erwähnung finden (z. B. *NS-Gruppe Hanau*, *Kampfgruppe Großdeutschland*, *ANE*, *Kampfbund Deutscher Soldaten*), andere dagegen kurzfristig an öffentlichem Interesse gewonnen haben (z. B. *Deutsch-Nationale Verteidigungsorganisation*, *Wehrsportgruppe Hoffmann* mit den Teilgruppierungen *Sturm 6* bzw. *Sturm 7*, *Nationalsozialistischer Schülerbund*). Gemeinsam ist fast allen *Neo-Nazis* die zunehmende Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Waffenfunde und Aussagen in den einzelnen Publikationen machen dies deutlich.

Besonders scharfe Äußerungen enthält der *NS-Kampfruf der NSDAP-AO (Auslands- bzw. Aufbauorganisation)* des Deutsch-Amerikaners Gary Rex Lauck, für den ein Aufenthaltsverbot in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Nur auf Grund einer Ausnahmegenehmigung und der Zusage des freien Geleits konnte er im Prozeß gegen Kühnen und andere in Bückeburg als Zeuge aussagen.

In der *Ausgabe Nr. 33 vom Juli* werden «alle Juden» als die in erster Linie Verantwortlichen für die «Verfolgung» der «Nationalsozialisten» bezeichnet und ihnen Vergeltung angedroht. Bisher seien die Juden ziemlich ungeschoren davongekommen. Die Anhänger der *NSDAP-AO* werden aufgefordert, diesem «Zustand ein Ende zu bereiten» und den «Juden Feuer unter den Ar. . .» zu machen. Der Haß gegen dieses System sei noch nie so groß gewesen.

In der *Ausgabe Nr. 34 vom September* heißt es u. a.: «Die harte Schule der

Verfolgung, die so mancher von uns durchlief, hat dem System Gegner erwachsen lassen, die zu allem bereit sind! . . . Widerstand, und zwar in jeder Form ist nicht nur Recht, sondern geradezu Pflicht!»

Auch der Leiter der *Deutschen Bürgerinitiative (DBI)*, der wegen der Verbüßung einer 6monatigen Freiheitsstrafe mit Haftbefehl gesuchte und mit Berufsverbot belegte Rechtsanwalt Manfred Roeder, Schwarzenborn, greift in seinen monatlichen Briefen, die er nun als Schriften der *Europäischen Freiheitsbewegung* vom Ausland aus herausgibt, weiter diesen Staat an. Roeder, dem es in mindestens 2 Fällen gelang, sich im letzten Augenblick einer Auslieferung an die Bundesrepublik Deutschland zu entziehen, schrieb u. a. im *August-Brief*: «Über Gewaltanwendung sind wir nicht entsetzt, das halten wir für völlig normal, es ist das Gesetz des Überlebens. . . . Kriege sind kein Unrecht, sondern Ausdruck des Lebenswillens. . . . Was immer ihnen (den Juden) in dem von ihnen gewollten Krieg geschehen ist, ist ihnen zu recht geschehen.» In der *Septemberausgabe* seiner Briefe schreibt Roeder: «Dieser Staat ist böse . . . Wir befinden uns mit ihm im Kriegszustand. Jedes Mittel zu seiner Beseitigung ist recht.» Sein Kampf gehe weiter, um die «Ausrottung der Parteiendiktatur» und die «Befreiung vom jüdischen Joch» zu erreichen.

Trotz dieser Angriffe gelang es Roeder nicht, seine Anhängerschaft zu vergrößern. Festzustellen ist vielmehr, daß das Interesse an den weiterhin von seiner Ehefrau veranstalteten Freundestreffen in Schwarzenborn, Knüll, nachgelassen hat und oft nur noch 30–40 Anhänger anwesend waren. Die Treffen fielen zudem mehrmals aus. Zu dieser Entwicklung hat sicherlich eine im Sommer dort durchgeführte Hausdurchsuchung beigetragen, zum anderen dürfte sich die lange Abwesenheit Roeders und seine Hinwendung zu Khomeini auswirken. So heißt es im

Mai-Brief:

«Das ist ja gerade das Große an Khomeini, daß er das ganze west-östliche Hickhack hinter sich läßt und sich nur noch um sein Volk kümmert. . . . Khomeini praktiziert die Antwort auf den Holocaust-Propagandaschwindel. Seit seinem Machtantritt zittern die 75 000 Juden im Lande, überbieten sich in Ergebenheitsadressen, genau wie damals bei Adolf Hitler, und wagen es nicht aufzumucken.»

Gerade die von Roeder vorgenommene Herausstellung Khomeinis als Symbolfigur für den geplanten Umsturz in der Bundesrepublik Deutschland hat bewirkt, daß er von vielen seiner Anhänger nicht mehr ernst genommen wird. Die Bereitschaft, ihn finanziell zu unterstützen, hat jedenfalls erheblich nachgelassen.

Die von dem bekannten Rechtsextremisten Erwin Schönborn mitgegründeten Gruppierungen *Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)* und die *Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)*, die mangels ausreichender Unterschriften nicht an der Europawahl teilnehmen konnte, zeigten keine erwähnenswerten Aktivitäten.

Schönborn forderte vielmehr seine Anhänger auf, bei der *Bürgerinitiative Grüne Aktion Deutschland* mitzuarbeiten, die sich u. a. gegen die «Heuchelei» wendet, daß marxistische oder andere Chaoten gegen den Atomwahnsinn im Westen vorgehen, ohne gleichzeitig auf die Atompolitik in kommunistischen und marxistischen Machtbereichen aufmerksam zu machen. Sprecher dieser Bürgerinitiative ist für Hessen Ralf Platzdasch, Frankfurt am Main.

Der von Schönborn beeinflusste Platzdasch ist zudem Gründer eines *Nationalsozialistischen Schülerbundes (NSB)*, der jedoch nach frühzeitigen polizeilichen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen keine großen Aktivitäten mehr zeigte. Außerdem wurde von ihm in Frankfurt am Main ein Buchladen *Verlag, Volk und Kosmos (VVK)* eröffnet, der im wesentlichen

rechtsextreme Literatur anbietet und gleichzeitig als Treffpunkt von Gesinnungsfreunden dient. Dieser Buchladen führte zu heftigen Reaktionen in der Bevölkerung und zu Gegendemonstrationen. Im Herbst wurden Schüsse auf den Laden abgegeben. Personen wurden nicht verletzt.

Die Anhänger der *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)* lenkten die Aufmerksamkeit mehr durch ihr militantes Auftreten und weniger durch die öffentlichen politischen Aussagen ihres Führers, des Grafikers Karl-Heinz Hoffmann, auf sich.

Insbesondere im südhessischen Raum traten sie, meist einheitlich mit Parkas und Stiefeln bekleidet, in Erscheinung und beschädigten u. a. einen der DKP nahestehenden Buchladen in Frankfurt am Main. Verschiedentlich nahmen sie auch geschlossen an «Wehrsportübungen» auf dem Besitz des Hoffmann in Heroldsberg/Bayern teil. Anhänger der *WSG* traten auch bei anderen rechtsextremen Aktivitäten (z. B. bei einer Demonstration im April am Niederwalddenkmal in Rüdesheim) auf. Die *WSG* wurde im Januar 1980 durch den Bundesminister des Innern verboten.

Nachdem im Januar die Wohnungen des Leiters der *Kampfgruppe Großdeutschland (KGD)*, Henry Beier, und mehrerer seiner Anhänger im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Herstellung und Verbreitung neonazistischer Druckschriften durchsucht und Beier und ein weiterer Anhänger vorübergehend in Untersuchungshaft genommen wurden, hörten die Aktivitäten der *KGD* weitgehend auf.

Beier gründete jedoch im Sommer in Frankfurt am Main die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)*, die u. a. in Haft sitzenden Rechtsextremisten monatlich kleinere Geldbeträge überweisen und Rechtshilfe gewähren will.

Eine *Deutsch-Nationale Verteidigungsorganisation (DNVO)*, die die Bundeswehr zersetzen wollte, erwies sich nach der

Verhaftung des Fähnrichs d.R. Manfred Heidenfelder als dessen Einmann-Organisation. Mit seiner Verhaftung hörten schlagartig auch die Aktivitäten der *DNVO* auf. In den im wesentlichen von Heidenfelder verfaßten und hauptsächlich an Bundeswehrkreise unter falschem Absender gesandten Schriften wurde auch gegen die «amerikanische Besatzungsmacht» und gegen jüdische Mitbürger polemisiert und zu Gewalttaten wie Brandstiftungen u. ä. aufgerufen.

Neonazistische Ausschreitungen

Im Berichtszeitraum wurden 154 (Vorjahr 105) antisemitische und neonazistische Schmier- und Störaktionen in Hessen erfaßt. Schwerpunkte waren der Raum Frankfurt am Main-Offenbach (53) und Kassel – Bad Hersfeld – Fulda (24). Der überwiegende Teil dieser Ausschreitungen wurde durch Kleben von Flugblättern mit neonazistischem Inhalt und Schmierereien neonazistischer Parolen, insbesondere an Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, begangen. So beschmiereten am 27. Februar unbekannte Täter die Wände eines Gymnasiums in Heusenstamm mit Hakenkreuzen und SS-Runen. Zweimal wurde ein Gymnasium in Herborn mit brauner Farbe besprüht. Wiederholt wurden Fahrkartenautomaten und öffentliche Münzfernsprecher mit Propagandamaterial der *NSDAP-Aufbauorganisation* beklebt. Über der Autobahn Darmstadt-Dieburg wurde am 20. April ein Stofftransparent mit der Parole «Zum 90. Geburtstag gedenken wir Adolf Hitler» angebracht.

Die vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlte Serie «Holocaust» führte zu einer verstärkten antijüdischen Hetze und sonstigen Aktivitäten rechtsextremer Kreise. So wurden Pläne erörtert, durch Gewaltakte gegen Sendeeinrichtungen die Ausstrahlung der Serie zu verhindern und mit Schmierereien u. ä. Aktionen gegen Syn-

agogen, jüdische Friedhöfe und Geschäfte jüdischer Mitbürger vorzugehen. Es kam jedoch nur in Einzelfällen zu Ausschreitungen, in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen jedoch zu Sprengstoffanschlägen auf Sendeeinrichtungen.

Auch wenn nicht in allen Fällen die Täter ermittelt werden konnten, kam es 1979 doch zu einer größeren Anzahl von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremisten. Erneut wurden langjährige Freiheitsstrafen ausgesprochen.

So verhängte das Oberlandesgericht Celle am 13. September in Bückeburg gegen Mitglieder der von dem Rechtsextremisten Kühnen geführten Gruppe Freiheitsstrafen zwischen 4 und 11 Jahren. Das Gericht erkannte die Angeklagten für schuldig, im Rahmen einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung schwere strafbare Handlungen wie räuberische Erpressung, Verstöße gegen das Waffengesetz, Verwenden von *NS*-Kennzeichen, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verherrlichung von Gewalt begangen zu haben.

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte am 29. November den Leiter der *Wehrsportgruppe Hoffmann*, Karl-Heinz Hoffmann, u. a. wegen fortgesetzten verbotenen Uniformtragens und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr mit Bewährung.

Hessische Gerichte verhängten gegen 18 Personen zum Teil noch nicht rechtskräftige Freiheits- und Geldstrafen u. a. wegen Verbreitens von Propagandamaterial verfassungswidriger Organisationen, Verwenden von *NS*-Kennzeichen, Beleidigung und Diffamierung von Verfassungsorganen.

So wurden u. a. verurteilt:

- Erwin Schönborn vom Schöffengericht Frankfurt am Main am 21. Juni wegen Beleidigung in mehreren Fällen durch Verbreiten von Flugschriften der *Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)* zu einer Freiheitsstrafe von ei-

nem Jahr und 6 Monaten. In diesen Flugblättern hieß es z. B. «Ich Esel glaube noch, daß in deutschen Konzentrationslagern Millionen Juden ver-gast wurden.»

- 2 Arbeiter im Alter von 17 und 18 Jahren vom Schöffengericht Offenbach wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Tragens verbotener Uniformen zu Jugendstrafen von 8 Monaten mit Bewährung bzw. einem Jahr und 3 Monaten.

Die gleichen Personen wurden wegen gleichartiger Delikte außerdem auch durch außerhessische Gerichte verurteilt. In 7 Fällen wurden bei hessischen Gerichten Anklage gegen Rechtsextremisten erhoben, u. a.

- gegen Erwin Schönborn vor dem Schöffengericht Frankfurt am Main wegen Verbreitens einer Flugschrift der *Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)*, in der er erneut behauptet, daß die historisch feststehende Tatsache der Judenausrottungspolitik des Dritten Reiches eine Lüge sei.
- gegen Manfred Heidenfelder vor dem gleichen Gericht u. a. wegen des Verbreitens von Propagandamaterial, das nach seinem Inhalt bestimmt ist, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen sowie Informationsschriften der

Deutsch-Nationalen-Verteidigungsorganisation (DNVO) hergestellt und verbreitet zu haben, in denen zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert wird.

- gegen 7 Jugendliche vor dem Jugendgericht Frankfurt am Main, die in Rüdeshelm im April öffentlich in gleichartiger Kleidung als Ausdruck ihrer gemeinsamen politischen Gesinnung auftraten und dabei mit «Heil-Hitler» grüßten.

Beurteilung

Der Rechtsextremismus stellte auch 1979, wie schon in den vergangenen Jahren, keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Ideologie und Aktivitäten rechtsextremer Gruppen wurden von dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung entschieden abgelehnt.

Auch wenn ein weiteres Nachlassen des organisierten Rechtsextremismus feststellbar ist, erfordern die neonazistischen Aktivitäten fanatisierter Gruppen und Einzeltäter weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit, um durch frühzeitige Maßnahmen der Sicherheitsbehörden eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erst gar nicht eintreten zu lassen.

Linksextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* blieb mit ihren Nebenorganisationen *Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)*, *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)* und *Junge Pioniere* die bedeutendste linksextreme Gruppierung. Trotz unverminderter Aktivitäten konnte sie jedoch die Zahl ihrer Mitglieder nicht weiter erhöhen. In allen politischen und ideologischen Grundsatzfragen folgte die *DKP* vorbehaltlos der Linie der *KPdSU* und *SED*. Dies stellte sie erneut anlässlich des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan unter Beweis. Ohne Rücksicht auf nachteilige Auswirkungen für ihre Bündnispolitik rechtfertigte sie das Vorgehen der Sowjetunion und bekämpfte unachtsichtig alle Tendenzen eurokommunistischer Liberalisierungsbestrebungen.

Um die durch ihr dogmatisches Verhalten entstandene politische Isolierung zu durchbrechen, hat die *DKP* die Taktik ihrer Bündnispolitik geändert. Sie strebt jetzt Massenverbindungen auch zu Gruppierungen an, denen sie bisher aus ideologischen Gründen ablehnend gegenüber stand. In Marburg konstituierte die *DKP* Ende Oktober erstmals ein breitgefächertes Aktionsbündnis, in dem auch zahlreiche Gruppen der *Neuen Linken* vertreten sind. Die Aktionsformen der orthodoxen Kommunisten wurden 1979 spektakulärer und waren im Gegensatz zur Vergangenheit aggressiver.

Bei den Kernorganisationen der *dogmatischen Neuen Linken*

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Kommunistischer Bund (KB)

waren 1979 ein Rückgang des politischen

Einflusses, Mitgliederverluste und nachlassende Aktivitäten festzustellen. Die politische Bedeutung dieser Gruppen behielt jedoch im Spektrum der extremen *Neuen Linken* weiter einen Stellenwert, den die übrigen Gruppen nicht erreichten. Gemeinsam blieb bei allen *K-Gruppen* die Ablehnung des an Moskau orientierten orthodoxen Kommunismus. Der *KBW* blieb die mitgliederstärkste, finanzkräftigste und technisch am besten ausgerüstete dieser Organisationen.

Im April schlossen sich in Mannheim ehemalige *K-Gruppen*-Mitglieder, vor allem aus dem *KBW*, zu *Komitees für Demokratie und Sozialismus* zusammen. Sie verstehen sich als Sammelbecken für «alle revolutionären Kräfte» und sehen ihren Schritt als Reaktion auf das sich in den *K-Gruppen* zunehmend entwickelnde organisatorische Eigenleben – unter Aufgabe des Strebens nach Einheit – an.

Unter den linksextremen Gruppierungen der *undogmatischen Neuen Linken* wurde 1979 die Diskussion über den Weg einer praktischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse fortgeführt. Die Gruppen sind nach wie vor unter sich zerstritten und finden nur selten Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen.

Ende 1979 begann unter den Gruppen der *Neuen Linken* – mit Ausnahme des *KBW* und der *KPD/ML*, die bereits zur Teilnahme entschlossen waren – die Diskussion über eine Beteiligung an den Bundestagswahlen 1980. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand dabei die Frage einer Zusammenarbeit mit *Grünen oder Bunten Listen*. Der *KBW* will unter seinem Namen, die *KPD/ML* unter der Bezeichnung *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden* an den Bundestagswahlen teilnehmen.

Wie schon im Jahre 1978 fanden auch 1979 keine spektakulären Gewalttaten wie Morde und Geiselnahmen durch Terroristen statt. Die zwei Jahre verhältnismäßiger Ruhe dürfen jedoch nicht darüber

hinwegtäuschen, daß die Mitglieder der verschiedenen Terrororganisationen weiterhin nicht bereit sind, auf gewaltsame Aktionen zu verzichten.

So wurden erhebliche Aktivitäten der im Untergrund lebenden Mitglieder der *Roten Armee Fraktion (RAF)* festgestellt, die insbesondere in drei Banküberfällen ihren Ausdruck fanden. Nachteilig für die *RAF* wirkten sich jedoch die Ermittlung von sechs konspirativen Wohnungen und die Festnahme von drei mit Haftbefehl gesuchten Terroristen aus. Durch diese Fahndungserfolge wurde die Gruppe geschwächt und verunsichert, so daß es zu keinen größeren Aktionen kam. Die Unterstützerguppen des Terrorismus setzten, von diesen Rückschlägen scheinbar unbeeindruckt, ihre Tätigkeit fort.

Nachdem es den Sicherheitsbehörden 1978 gelungen war, eine *Revolutionäre Zelle (RZ)* in Frankfurt am Main aufzudecken, trat vorübergehend eine leichte Beruhigung ein, d. h. schwere Anschläge der *RZ* wurden nicht durchgeführt. Diese Beruhigungsphase ging jedoch rasch vorüber. Heute sind die *RZ* auch zur Durchführung größerer Sprengstoffanschläge bereit und in der Lage, wie das Beispiel in Nürnberg bei der Bundesanstalt für Arbeit Anfang 1980 zeigt.

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die *DKP* hält unverändert an ihren marxistisch-leninistischen Grundpositionen und verfassungsfeindlichen Zielen fest. Ihre enge Bindung an *KPdsU* und *SED* war bestimmend für die gesamte Tätigkeit der Partei. Den Einmarsch chinesischer Streitkräfte in Vietnam Anfang 1979 verurteilte die *DKP* als Angriff auf den «realen Sozialismus». Sie organisierte Protestaktionen gegen dieses «ungeheuerliche Verbrechen der chinesischen Machthaber». Der sowjetische Einfall in Afghanistan

wurde dagegen als völkerrechtlich zweifelsfreie Hilfeleistung für die «revolutionären Kräfte Afghanistans» gerechtfertigt. Anlässlich des 30. Jahrestages der *DDR* am 7. Oktober propagierte die *DKP* die Entwicklung im anderen Teil Deutschlands als «Beispiel der Überlegenheit des Sozialismus». Der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies bezeichnete die *DDR* als einen Staat, der die besten revolutionären, demokratischen und nationalen Traditionen der deutschen Geschichte verkörpere, in dem jeder Bürger alle Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Fähigkeiten und seiner Persönlichkeit sowie zur konkreten Mitgestaltung der staatlichen Politik habe. Die sozialistischen Errungenschaften in der *DDR* seien ein wichtiger Aktivposten für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf den «Kampf gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten, für die Sicherung des Friedens, für die Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und schließlich für die Öffnung des Weges zum Sozialismus» (*DKP-Pressedienst* vom 5. Oktober 1979). Zum 30. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland erklärte Mies, für Kommunisten bleibe die Verkündung des Grundgesetzes ein antinationaler Akt, der zur Spaltung Deutschlands geführt habe. Die *DKP* werde sich niemals damit abfinden, daß die Bundesrepublik Deutschland der Herrschaft des Großkapitals unterworfen sei (*DKP-Pressedienst* vom 23. Mai 1979). Am 11. Juli erhielt Herbert Mies in Moskau für seine Verdienste die höchste Auszeichnung der Sowjetunion, den Lenin-Orden.

Die unterschiedliche Definition des Begriffs Demokratie im westlichen Sprachgebrauch und in der kommunistischen Terminologie ermöglichte es der *DKP*, ständig die Forderung nach mehr Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu erheben und dafür Unterstützung in nichtkommunistischen Kreisen zu erhalten. In einer 1979 im *Moskauer Progreß-*

Verlag in deutscher Sprache herausgegebenen Schulungsschrift «Der reale Sozialismus und seine internationale Bedeutung» wird erklärt, daß es keinen einheitlichen Demokratiebegriff gebe, sondern einen bürgerlichen und einen sozialistischen. Sozialistische Demokratie sei «die Macht der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung». Demokratie ist somit im kommunistischen Sprachgebrauch gleichbedeutend mit dem als «Macht der Arbeiterklasse» umschriebenen Begriff «Diktatur des Proletariats». Herbert Mies betonte in einem Gespräch mit dem *Verlag Marxistische Blätter* auf die Frage, warum im *DKP-Programm* der Begriff «Diktatur des Proletariats» nicht verwandt werde, das Wort Diktatur sei durch die Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur sowie durch das *KPD-Verbotsurteil* kriminalisiert und für große Teile des arbeitenden Volkes mißverständlich geworden. Die Diktatur des Proletariats sei ein wissenschaftlicher Terminus der marxistischen Staatstheorie und bedeute Herrschaft der Mehrheit des Volkes über die ausbeutende Minderheit. Sie sei darum – wie Lenin betont habe – hundertmal demokratischer als der demokratischste bürgerliche Staat (*Weg und Ziel der DKP – Fragen und Antworten zum Programm der DKP, Verlag Marxistische Blätter*).

Um ihre politische Isolierung zu durchbrechen und zu einer wählbaren Alternative zu werden, hat die *DKP* die Taktik ihrer Bündnispolitik geändert und strebt Massenverbindungen zu Umweltschützern, Kernkraftgegnern und anderen Gruppierungen der außerparlamentarischen Protestbewegung an, die für die *DKP* bisher nicht bündnisfähig waren. In einer Erklärung betonte das Präsidium der *DKP* Ende Mai, die Partei sei entschlossen, auch mit solchen Gegnern des Bonner Atomprogramms zusammenzuarbeiten, die nicht von *DKP*-Positionen ausgehen. Die *DKP* sei zwar für wissenschaftlich-technischen Fortschritt, wende sich jedoch ent-

schieden gegen den Mißbrauch einer friedlichen Nutzung der Kernenergie für großkapitalistische Profitmacherei und imperialistische Machtpolitik (*UZ* vom 29. Mai 1979). Bestrebungen der *Grünen*, sich zu einer politischen Partei zu formieren, lehnte die *DKP* jedoch entschieden ab. Der aktive Kampf und die Entwicklung eines breiten Bündnisses für Umweltschutz und gegen das Bonner Atomprogramm im Zusammenwirken mit der *DKP* sei der bessere und zukunftsreichere Weg. Mitglieder und Funktionäre der *DKP* in Hessen wurden angehalten, auf die Bürgerinitiativen Einfluß zu nehmen. Zahlreiche politisch aktive jungen Menschen unter den Umweltschützern, Kernkraftgegnern und in anderen Gruppierungen der außerparlamentarischen Protestbewegung könnten für eine grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System und für die sozialistische Alternative gewonnen werden.

Alle Forderungen nach einer liberaleren Haltung gegenüber eurokommunistischen Tendenzen wies die *DKP*-Führung scharf zurück. Die Partei dürfe nicht in pluralistische Diskutierclubs zerfallen. Ihr politischer Kampf habe seine Grundlage in der konsequenten Orientierung an den Lehren von Marx, Engels und Lenin als direkte Anleitung zum praktischen Handeln. Das mache sie zu einer «Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten, die auch unerschütterlich an den wissenschaftlich begründeten und im Klassenkampf erprobten Organisationsprinzipien der revolutionären Partei» (zentrale Führung, Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Parteiorgane für alle nachgeordneten Organisationen, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Disziplin, Kritik und Selbstkritik) festhalte. Die *DKP* führe als bewußter Vortrupp der Arbeiterklasse den Klassenkampf an der ökonomischen, politischen und ideologischen Front. Sie werde den gestellten Anforderungen nur gerecht, wenn sie ihre politische, ideologische und organisatorische Einheit ständig

festige und die revolutionäre Theorie eng mit der Praxis verbinde (vgl. *UZ* vom 6. Dezember 1979).

Trotz unverminderter Aktivitäten konnte die *DKP* die Zahl ihrer Mitglieder (rund 42 000) nicht weiter erhöhen. Bei der Ausgabe neuer Mitgliedsbücher Anfang 1979 mußte die Partei einen Mitgliederschwund hinnehmen, der nicht überall durch Neuerwerbungen ausgeglichen werden konnte. Sorge bereitet der *DKP*-Führung vor allem die rückläufige Zahl an Betriebsarbeitern unter den Mitgliedern. Sie sieht dadurch ihren Anspruch gefährdet, Partei der Arbeiterklasse zu sein. In Hessen beträgt der Arbeiteranteil unter den Mitgliedern nur noch knapp 15%, während die Zahl der Intellektuellen stark gestiegen ist. Auch an jüngeren Mitgliedern unter 20 Jahren mangelt es der Partei. Um diesem Trend entgegenzuwirken, hat die *DKP* dazu aufgerufen, im Rahmen eines neuen Parteiaufgebots bis zum Parteitag 1981 gezielt «tausende Betriebsarbeiter» für die Partei zu gewinnen und der Organisierung von Arbeitern in Betriebsgruppen den absoluten Vorrang einzuräumen. In hoher Auflage wurde unter Gastarbeitern in Hessen eine vom *DKP*-Parteivorstand herausgegebene siebenschprachige Broschüre verbreitet, in der zum Eintritt in die *DKP* aufgefordert wird. Ferner strebt die *DKP* eine stärkere Verankerung der Partei in Vereinen und Organisationen an, die der Interessenvertretung und Freizeitgestaltung arbeitender Menschen dienen, um dort Massenarbeit zu leisten und der Partei Arbeiter als neue Mitglieder zuzuführen.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen gehören unverändert ca. 5000 Mitglieder an, organisiert in 20 Kreisorganisationen, 130 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 38 Betriebsgruppen und 6 Hochschulgruppen mit 20 Grundorganisationen. Orts- und Stadtteilgruppen der *DKP* gaben 71 Zeitungen heraus. In Kassel und Marburg verbreitete die *DKP* Stadtzeitungen. Außerdem erschienen 44 Betriebszeitungen und 6

Hochschulzeitungen in meist unregelmäßiger Folge.

Mit einem umfangreichen Schulungsprogramm setzte die *DKP* ihre Bemühungen fort, alle Mitglieder und Funktionäre ideologisch zu festigen und für eine wirksame politische Arbeit zu qualifizieren. Neben regelmäßigen Schulungsabenden in den Parteigruppen und Kurzlehrgängen an der parteieigenen Schule in Leverkusen fanden weiterhin Lehrgänge zur Ausbildung von Funktionären in Ost-Berlin und Moskau statt. An den Betriebsarbeiterschulen der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Kassel und Frankfurt am Main wurden 25 hessische *DKP*-Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet.

Mit Sorge beobachtete die *DKP*-Führung die öffentliche Diskussion über das von der Bundesjugendschule des *DGB* in Oberursel herausgegebene Diskussionspapier zur Strategie der *DKP* und *SDAJ* im gewerkschaftlichen Jugendbereich und die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung über das von Marburger *DKP*-Autoren verfaßte Buch «Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung». In einem Interview mit dem *DKP*-Zentralorgan *Unserer Zeit* erklärte Ludwig, Müller, Sekretär und Präsidiumsmitglied des *DKP*-Parteivorstandes, der gegen die *DKP* erhobene Vorwurf der Gewerkschaftsinfiltration sei Polemik und enthalte lediglich vorgefaßte Unterstellungen. Die in den Gewerkschaften tätigen *DKP*-Mitglieder seien bestrebt, aktiv die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten und gute Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Im Mittelpunkt der *DKP*-Arbeit standen «Kampagnen gegen Neofaschismus, Rechtsentwicklung und Berufsverbote» sowie gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO. Sie nutzte die durch die Fernsehserie «Holocaust» geweckte emotionale Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus, um insbesondere junge Menschen über die «Hintergründe des Faschismus» auf ihre

Weise zu informieren und zur Teilnahme an Aktionen gegen «neofaschistische Aktivitäten» und für die Verteidigung der demokratischen Rechte» zu bewegen. Zusammen mit kommunistisch beeinflussten Organisationen initiierte die *DKP* Protestaktionen gegen Kameradschaftsstreffen von ehemaligen *SS*-Angehörigen und *NPD*-Veranstaltungen. Sie konnte hierbei erneut Teilerfolge in ihren Bemühungen um Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppen und um Entwicklung eines breiten „antifaschistischen Bündnisses“ erzielen. Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten sowie die Nominierung von Franz-Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der *CDU/CSU* nahm die *DKP* zum Anlaß, ein außerparlamentarisches Bündnis gegen «Rechtentwicklung» zu propagieren.

Im letzten Halbjahr gingen die orthodoxen Kommunisten verstärkt zu spektakulären Aktionen über. Dabei nahmen sie im Gegensatz zu früher bewußt Auseinandersetzungen mit Ordnungskräften in Kauf. Am 11. Juli besetzten 30 Mitglieder und Funktionäre der *DKP*, der *SDAJ* und des *MSB Spartakus* das Grundstück der Botschaft von Nicaragua in Bonn-Bad Godesberg. Weitere 15 Personen drangen gewaltsam in zwei Räume der Botschaft ein. Bei der Räumung durch die Polizei leistete ein Mitglied des *DKP*-Partei Vorstandes Widerstand und wurde vorläufig festgenommen. 4 Mitglieder und Funktionäre der *DKP* und *SDAJ* störten am 28. August die Verleihung des Goethe-Preises in der Frankfurter Paulskirche durch Beleidigungen des anwesenden Bundespräsidenten. Am 13. September drangen 5 *SDAJ*-Mitglieder und 4 Chilenen in das chilenische Generalkonsulat in Frankfurt am Main ein. Die Besetzer räumten das Generalkonsulat bei Eintreffen der Polizei, nachdem der Generalkonsul sich zum Verzicht auf eine Strafanzeige bereitklärt hatte.

Als Auftakt einer bundesweiten «Herbstkampagne gegen Berufsverbote» vom 21.

November bis 10. Dezember veranstaltete der Arbeitsausschuß der *DKP*-beeinflussten Initiative «Weg mit den Berufsverboten» am 21. November in Frankfurt am Main seine 10. Aktionskonferenz, an der etwa 250 Vertreter von *Berufsverbote-Komitees* sowie Betroffene von angeblichen «Berufsverboten» teilnahmen. Bei den Protestaktionen in Hessen wurden Disziplinarverfahren gegen Bundesbeamte wegen ihres aktiven Eintretens für die verfassungsfeindlichen Ziele der *DKP* als Fortsetzung der «Berufsverbotspolitik» bezeichnet.

Im Rahmen einer noch andauernden großangelegten Abrüstungskampagne protestierte die *DKP* in Publikationen und Flugblättern sowie durch öffentliche Veranstaltungen und Aktionen gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO und warnte vor den Gefahren eines neuen Krieges. Die Sowjetunion habe durch ihre einseitige Truppenreduzierung die Chance geboten, endlich mit der Abrüstung zu beginnen. Der Bundesregierung und der *CDU/CSU* seien jedoch die Wünsche Washingtons wichtiger als die nationalen Sicherheitsinteressen.

Vom 23. bis 27. Mai veranstaltete die *DKP* in einem Großzelt auf den Lahnwiesen in Marburg zahlreiche politische und kulturelle Veranstaltungen, an denen insgesamt 15 000 Besucher teilnahmen. Im Juni führte die *DKP* eine Werbekampagne für die Teilnahme an ihrem zentralen *UZ*-Pressefest vom 22. bis 24. Juni in Essen (rund 400 000 Besucher) durch und verteilte Solidaritätsplaketten zur Finanzierung der Veranstaltung.

An den Direktwahlen zum Europa-Parlament am 10. Juni beteiligte sich die *DKP* mit einer 78-köpfigen Bundesliste. Sie führte ihren Wahlkampf ohne großen Aufwand. Einzige größere hessische Wahlveranstaltung war eine zentrale Kundgebung mit dem Parteivorsitzenden Herbert Mies am 17. Mai in Frankfurt am Main, an der rd. 1000 Personen teilnahmen. Die *DKP* konnte in Hessen nur 12 939 = 0,5%

Stimmen auf sich vereinigen und erhielt damit erneut eine eindeutige Absage der Wähler. Auch bei den Kommunalwahlen am 7. Oktober aus Anlaß der Neugliederung des Lahn-Dill-Gebiets mußte sich die *DKP* mit einem im Vergleich zur Kommunalwahl 1977 rückläufigen Stimmenanteil begnügen. Sie erhielt im Landkreis Gießen 0,7%, im Lahn-Dill-Kreis 0,4% und in den Städten Gießen und Wetzlar 0,8% der abgegebenen gültigen Stimmen.

Bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen der *DKP* in Hessen traten Referenten und Ensembles aus der *DDR* auf. Außerdem führte die *DKP* zum «Studium der sozialistischen Errungenschaften» erneut Delegationsreisen in die *DDR*-Bezirke Erfurt und Frankfurt/Oder durch. Ferner nahm die *DKP*-Bezirksorganisation Hessen patenschäftliche Beziehungen zur Sowjetrepublik Armenien auf und vereinbarte den Austausch von Studiendelegationen.

Die *DKP* hielt ihre Mitglieder ständig mit unterschiedlichem Erfolg zur pünktlichen Beitragszahlung an. Die Hebung der Beitragsmoral hatte jedoch zur Folge, daß die Bereitschaft zur Zahlung zusätzlicher Spenden 1979 zurückging. In ihrem Rechenschaftsbericht gemäß § 23 Parteiengesetz für 1978 wies die *DKP* Einnahmen in Höhe von 13 686 978,- DM aus, davon 3 645 202,- DM Mitgliedsbeiträge, 5 662 792,- DM Spenden und 3 183 725,- DM Einnahmen aus Veranstaltungen und Druckschriftenvertrieb. Darüber hinaus wurden der Partei von ihren Mitgliedern 3,5 Millionen DM an unentgeltlichen Sach-, Werk- und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt. Der Anteil der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen an den Einnahmen wird für 1978 mit 845 520,- DM angegeben, davon entfielen 295 865,- DM auf Mitgliedsbeiträge und 240 677,- DM auf Spenden. Da sich die Finanzlage 1979 nicht wesentlich geändert hat, reichten die Einnahmen der Partei nicht aus, den aufwendigen Parteiapparat zu finanzieren. Die *DKP* war auch

1979 wieder auf erhebliche Zuschüsse aus der *DDR* angewiesen.

Nebenorganisationen der *DKP*

Marxistischer Studentenbund Spartakus (*MSB*)

Der *MSB* betonte auf seinem 6. Bundeskongreß am 13./14. Oktober in Marburg erneut seine enge ideologische und politische Verbundenheit mit der *DKP* und bekannte sich zur Aktionseinheit und Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften an Hochschulen, in der Arbeiterjugend und in den Gewerkschaften. Der außerparlamentarische Kampf gegen «Neofaschismus, Rechtsentwicklung und Berufsverbote», gegen das «Bonner Atomprogramm sowie für Frieden und Abrüstung» müsse unvermindert fortgesetzt werden. Erstmals kam es auf einem Kongreß des *MSB* zur einer kontroversen Diskussion. Eine Minderheit trat für eine Ablehnung der Kernkraftwerke auch in den Ostblockstaaten ein. Bei 50 Gegenstimmen verabschiedeten die Delegierten eine Entschließung, in der behauptet wird, die Gefahren der Kernenergie seien systembedingt und nicht technischer Art. Durch eine Satzungsänderung legte der Kongreß fest, daß der *MSB* künftig auch an den «Institutionen des Zweiten Bildungsweges» politisch und organisatorisch tätig wird. Nach eigenen Angaben verfügt der *MSB* über 5900 Mitglieder, die an 142 Hoch- und Fachhochschulen in insgesamt 215 Gruppen organisiert sind. In Hessen bestehen aktive Gruppen des *MSB* an 9 Hoch- und Fachhochschulen mit unverändert rund 1200 Mitgliedern.

Die Vorstandsgremien des *MSB* sind überwiegend mit Mitgliedern und Funktionären der *DKP*-Hochschulgruppen besetzt. Wie beherrschend dieser Einfluß ist, wurde erneut beim 6. Bundeskongreß des *MSB* deutlich; 65% der Delegierten waren Mitglieder der *DKP*.

Im April begann der *MSB* mit einem einjährigen Wettbewerb zur Werbung neuer Mitglieder. In einer im Oktober veröffentlichten Zwischenbilanz erklärte der *MSB*, es seien bereits 583 neue Mitglieder geworben worden. Dieser Werbeerfolg hat jedoch bisher nicht zu einer wesentlichen Erhöhung der Mitgliederzahl geführt, sondern lediglich die Zahl der *MSB*-Mitglieder ausgleichen können, die aus dem Verband nach Beendigung des Studiums ausgeschieden sind.

Der *MSB* forderte bei Aktionen an Hoch- und Fachhochschulen die Novellierung der Hochschulgesetze, Abschaffung von Zwangsexmatrikulation, Regelstudienzeit und Ordnungsrecht, protestierte gegen höhere Leistungsanforderungen an die Studenten und trat für eine Erhöhung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ein. Er unterstützte alle Kampagnen der *DKP* und war bemüht, an den Hochschulen ein breites Aktionsbündnis zu schaffen.

Am 26. November veranstalteten etwa 150 Mitglieder und Anhänger des *MSB* an der Universität Marburg ein «Go-In» aus Protest gegen die Verweigerung von Räumen für eine politische Veranstaltung. Dabei kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Angehörigen der Universitätsverwaltung.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die *SDAJ* verabschiedete auf ihrem VI. Bundeskongress am 5./6. Mai in Hamburg ein Forderungsprogramm «Arbeit, Bildung, Beruf an der Schwelle zum Jahr 2000» sowie eine Neufassung des 1976 beschlossenen «Aktionsprogramms für die fünf Grundrechte der Jugend». Darin bekennt sich die *SDAJ* zu einem Sozialismus nach den Ideen von Marx, Engels und Lenin und betont ihre freundschaftliche Verbundenheit zur *DKP*, zum *Komsomol der Sowjetunion* sowie zur *Freien*

Deutschen Jugend (FDJ) der *DDR*. Neuer Bundesvorsitzender der *SDAJ* wurde Werner Stürmann, Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes.

Nach eigenen Angaben soll die *SDAJ* über 35 000 Mitglieder verfügen, die Zahl der aktiven Mitglieder dürfte jedoch lediglich bei etwa 15 000 liegen. Das Sprachrohr der *SDAJ* «*Elan*» erschien monatlich in einer Auflage von ca. 40 000 Exemplaren. Die «*Elan*»-Redaktion gab ferner den Informationsdienst *jugendpolitische blätter* sowie einen Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings- und Schülerzeitungen der *SDAJ* heraus.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen ist in Kreisverbänden, Orts- bzw. Stadtteilgruppen, Betriebs- und Schülergruppen untergliedert und hat unverändert rund 1400 Mitglieder. Von ihnen wurden 28 (im Vorjahr 35) Betriebs-, Schüler- und Gruppenzeitungen herausgegeben. In Kassel und Frankfurt am Main unterhält die *SDAJ* Jugendclubs, die auch Nichtmitgliedern offenstehen.

Ende 1979 wurden von der *SDAJ* neue Mitgliedsbücher ausgegeben. Im Rahmen dieser Umtauschaktion wurden inaktive Mitglieder zur Teilnahme an Aktionen und Veranstaltungen angehalten. Mit Unterstützung der *DKP*-Parteiorganisation versuchte die *SDAJ*, neue Mitglieder zu gewinnen und weitere *SDAJ*-Gruppen in hessischen Betrieben und an Schulen zu gründen.

Zur Schulung ihrer Mitglieder führte die *SDAJ* monatliche Bildungsabende in den Gruppen durch. Ferner nahmen regelmäßig *SDAJ*-Mitglieder aus Hessen an Lehrgängen im Jugend- und Bildungszentrum der *SDAJ* auf Burg Wahrberg in Bayern teil. Ihre Führungskräfte wurden weiterhin an Schulungseinrichtungen der *SED* und des sowjetischen Jugendverbandes *Komsomol* ausgebildet. Anlässlich des Einmarsches chinesischer Truppen in Vietnam führte die *SDAJ* in zahlreichen hessischen Städten Aktionen und Solidaritätsveranstaltungen für Vietnam durch, sammelte

Geldspenden und forderte in Flugschriften den sofortigen Abzug der chinesischen Streitkräfte.

Weitere Schwerpunkte der *SDAJ*-Arbeit waren Aktionen gegen Lehrstellenmangel, «Neofaschismus und Rechtsentwicklung» sowie eine groß angelegte Kampagne gegen den *CDU/CSU*-Kanzlerkandidaten Strauß.

Vom 1. bis 4. Juni veranstaltete der *SDAJ*-Landesverband in Marburg ein «Pfingst-Camp 79» mit etwa 400 Jugendlichen und führte in einem Großzelt zahlreiche politische und kulturelle Veranstaltungen durch, an denen bis zu 1000 Besucher teilnahmen.

Anlässlich des 30. Jahrestages der *DDR* führten *SDAJ*, *MSB* und *Junge Pioniere* im September eine bundesweite *Woche der Freundschaft der Jugend der Bundesrepublik und der Jugend der DDR* mit zahlreichen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen durch, an denen auch Funktionäre der *FDJ* sowie Kultur- und Musikgruppen aus der *DDR* mitwirkten. Außerdem veranstaltete der *SDAJ*-Landesverband Hessen erneut Delegationsreisen nach Erfurt und Frankfurt/Oder, um Jugendliche mit den «sozialistischen Errungenschaften» der *DDR* bekanntzumachen.

Junge Pioniere

Die Kinderorganisation *Junge Pioniere* war auch 1979 mit Unterstützung von *DKP* und *SDAJ* bemüht, durch ein vielfältiges Freizeitprogramm Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren für die Arbeit der Gruppen zu gewinnen und im Sinne der *DKP* zu beeinflussen.

Die Bundesleitung der *Jungen Pioniere* gab regelmäßig die zentrale Kinderzeitung *Willibald* und alle 2 Monate *Pionierleiter-Informationen* heraus. Der Bundesverband hat etwa 2500 Mitglieder, die in 12 Landesverbänden und 335 Gruppen organisiert sind.

In Hessen bestehen 22 aktive Gruppen. Sie veranstalteten Gruppen-Nachmittage, Kinderfeste, Solidaritäts-Basare und Zeltlager. Mehrere Gruppen verbreiteten in unregelmäßiger Folge lokale Kinderzeitungen. An Kinderferienaufenthalten in der *DDR* nahmen rd. 400 Kinder aus Hessen teil.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)

Das *IMSF*, eine von der *DKP* als gesellschafts- und sozialwissenschaftliches Institut ausgegebene Einrichtung in Frankfurt am Main, setzte die Herausgabe seiner Schriftenreihen und Publikationen fort. Mit seinen Veröffentlichungen will das *IMSF* einen Beitrag zur Popularisierung der marxistisch-leninistischen Theorie leisten und der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland theoretische und empirische Erkenntnisse für ihre politische und gewerkschaftliche Arbeit vermitteln.

Am 10./11. März veranstaltete das *IMSF* in Frankfurt am Main eine Tagung zum Thema «Rationalisierung, Arbeitsplätze, Tarifkämpfe» mit 500 Teilnehmern, darunter Funktionäre der *DKP* und *SDAJ* aus dem betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich sowie Wissenschaftler und Funktionäre aus der *DDR*, Ungarn, Österreich und den Niederlanden. Ferner führte das *IMSF* gemeinsam mit dem *Instituuts voor Politiek en Sociaal Onderzoek der Kommunistischen Partei der Niederlande* am 20./21. April in Amsterdam eine internationale Konferenz über Probleme der Arbeiter in der Stahlindustrie durch, an der Vertreter marxistischer Institute aus 6 Ländern der Europäischen Gemeinschaft teilnahmen.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung* ist die Dachorganisation von 90 marxistischen

Bildungsgemeinschaften in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. Sie soll vor allem politisch Interessierten, die nicht der *DKP* angehören, Grundkenntnisse des «wissenschaftlichen Sozialismus» vermitteln. 50 dieser Bildungsgemeinschaften veranstalteten als *Marxistische Abendschule (MASCH)* regelmäßige Schulungskurse.

In Hessen führten 14 marxistische Studienzirkel der *MAB* in enger Zusammenarbeit mit der *DKP* als *Marxistische Abendschulen* regelmäßig Kurse durch, die auch zur Schulung von *DKP*-Mitgliedern als Vorstufe für weiterführende Lehrgänge dienen.

DKP-beeinflußte Organisationen

Nach marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik (Aktionseinheit und Volksfront), durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu einer Massenbasis und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen, griff die *DKP* 1979 wieder zahlreiche Forderungen auf, für die auch demokratische Kreise eintreten, und initiierte zu ihrer Durchsetzung Kampagnen und Aktionen, deren Träger vor allem kommunistisch beeinflusste Organisationen waren. Der Grad des Einflusses der *DKP* in diesen Organisationen ist unterschiedlich. Während einige vorbehaltlos alle Wünsche der *DKP* befolgen, sind in anderen nur wenige Schlüsselfunktionen im organisatorischen Bereich mit linientreuen Mitgliedern und Anhängern der *DKP* besetzt, so daß auch demokratische Mitglieder ihre Vorstellungen vertreten können. Die wesentlichsten *DKP*-beeinflussten Organisationen sind:

Deutsche Friedensunion (DFU)

Die *DFU* spielte auch 1979 im Rahmen der kommunistischen Bündnis- und Friedenspolitik eine tragende Rolle. Insbeson-

dere im Zusammenhang mit den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion organisierte sie Protestaktionen gegen die Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen den Bau von Truppenübungsplätzen und Munitionsdepots. In Flugblättern wandte sie sich gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO und behauptete, im Weißbuch der Bundesregierung zur Militärpolitik werde unter der Legende einer Bedrohung aus dem Osten die Rückkehr zum Kalten Krieg gefordert. Ferner agierte sie gegen «Antikommunismus, Berufsverbote und Rechtsentwicklung».

An den Kampagnen beteiligte sich auch der *DFU*-Landesverband Hessen. Jedoch gingen die Aktivitäten nicht von den noch vorhandenen rund 200 Mitgliedern aus, sondern ausschließlich von Funktionären des Landesvorstandes.

Gemeinsam mit dem *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit* führte die *DFU* am 20. Mai im Taunus einen Protestmarsch gegen die Erweiterung des NATO-Munitionslagers durch. Am 29. September veranstaltete der *DFU*-Landesvorstand Hessen in Frankfurt am Main eine Arbeitstagung zum Thema «Munitionsdepots und Truppenübungsplätze», an der auch Vertreter hessischer Bürgerinitiativen teilnahmen.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die *VVN-BdA* wurde auf ihrem Bundeskongreß vom 25. bis 27. Mai in Dortmund durch Satzungsänderung in eine einheitlich geführte *Kampforganisation gegen Neofaschismus, Rechtsentwicklung und Militarismus* mit gewählten Leitungsgremien umgewandelt, deren Beschlüsse und Festlegungen für alle Untergliederungen verbindlich sind. Bisher hatten die Landesverbände für ihre gemeinsame Arbeit auf Bundesebene nur eine Arbeitsge-

meinschaft gebildet, die durch das Präsidium verkörpert wurde. In das neugeschaffene Amt des Generalsekretärs der *VVN-BdA* wurde der Altkommunist Hans Jennes – Mitglied der *DKP* und Träger der Lenin-Medaille – berufen. Der Bundeskongreß verabschiedete ein «Orientierungs- und Aktionsprogramm», mit dem die *VVN-BdA* die Einheit aller «antifaschistischen demokratischen Kräfte gegen Reaktion und Neofaschismus» herbeiführen und vor allem junge Menschen in den «antifaschistischen Kampf» einbeziehen will.

In den Leitungsgremien der *VVN-BdA* auf Bundes-, Landes- und Kreisebene ist der Einfluß der *DKP* bestimmend. Die Organisation wird von der *DKP* in besonderem Maße für das Ziel benutzt, ein breites «antifaschistisches Bündnis» mit nichtkommunistischen Kräften herzustellen.

In Hessen hat die *VVN-BdA* etwa 1200 Mitglieder, die jedoch nur zum Teil politisch aktiv sind. Bei zahlreichen Aktionen, insbesondere gegen Neofaschismus, trat die *VVN-BdA* als Träger auf und ermöglichte der *DKP*, weitgehend im Hintergrund zu bleiben.

Neue Linke

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der *KBW* setzte sich auch 1979 für die «Zerschlagung» des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der «proletarischen Diktatur» (Parteiprogramm von 1973) ein und betrachtete weiterhin die Verwirklichung seiner Politik als einzige Möglichkeit, «die bürgerliche Republik durch die proletarische Republik» zu ersetzen (Bericht des Sekretärs des *KBW* vom 7. Juli 1979).

Nach der 1979 erfolgten organisatorischen Umgestaltung gliedert sich der *KBW* in 3 Regionen (Nord, Mitte, Süd), die

in 12 Bezirksgruppen mit 39 Bezirken und rund 300 Kreisgruppen aufgeteilt sind. Er hat etwa 2 400 Mitglieder, wobei er als einzige Organisation der *dogmatischen Neuen Linken* in der Lage ist, zu einzelnen Aktionen bis zu 5 000 Personen zu mobilisieren. Wirtschaftlich stützt sich der *KBW* neben der sehr starken finanziellen Belastung seiner Mitglieder auf die parteieigene *KÜHL KG* mit Sitz in Frankfurt am Main, deren Kommanditisten führende *KBW*-Mitglieder sind. Durch den Ankauf weiterer Gebäude sowie durch die Errichtung von Rechtsanwalts- und Arztpraxen konnte die Partei 1979 ihre Organisation weiter stärken.

Die Auflage des wöchentlich erscheinenden Zentralorgans *Kommunistische Volkszeitung (KVZ)* beträgt unverändert 32 000 und des monatlich erscheinenden theoretischen Organs *Kommunismus und Klassenkampf (KuK)* 10 000. Seit Januar 1979 gibt der *KBW* auf Bezirksebene einen wöchentlich erscheinenden *Dokumenten- und Beschlußdienst* heraus, der interne Beschlüsse und Anweisungen der Partei enthält. Diesem Organ zufolge verlegt die Partei bundesweit etwa 500 Zellenzeitungen.

Im Zuge der organisatorischen Umgestaltung wurden die *Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV)*, die *Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK)* sowie die *Komitees und Initiativen gegen § 218* im März zu der *Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung - Soldaten und Reservisten (VRV/SR)* zusammengefaßt. Die neue Nebenorganisation ermöglicht auf der Grundlage des *KBW*-Programms «bildende, kulturelle, sportliche und militärische» Tätigkeiten und soll die «Kämpfe der Arbeiterbewegung und der Volksmassen» unterstützen. Die weiteren Nebenorganisationen *Kommunistischer Jugendbund (KJB)* und *Kommunistischer Studentenbund (KSB)* blieben bestehen und setzten ihre Tätigkeit im bisherigen Umfange fort. Zur Festigung der Partei führte der *KBW* im Juli erneut personelle,

strukturelle und organisatorische Maßnahmen durch. Er erweiterte den *Ständigen Ausschuß* des ZK auf 20 Mitglieder, verteilte die Geschäftsbereiche in der Zentrale in Frankfurt am Main neu, setzte führende Kader der Partei auf Regional-ebene um und bildete Bezirksgruppen und Kreisorganisationen. Das zentrale Nachrichten- und Informationssystem in Frankfurt am Main wurde weiter ausgebaut und zu den bestehenden Korrespondentenbüros in Brüssel, London, Rom und Wien ein weiteres in Paris eröffnet.

Der *KBW* führte weiter erfolgreich Spendenkampagnen durch. Für eine Druckausrüstung der *ZANU* konnten 485000,- DM und für Kambodscha 240000,- DM gesammelt werden. Der Berichterstattung über die Konflikte Vietnam-Kambodscha und China-Vietnam räumte der *KBW* in seinen Schriften breiten Raum ein und verurteilte dabei die von der *UdSSR* unterstützte vietnamesische Invasion. Führende *KBW*-Funktionäre nahmen am 17./18. November in Stockholm an der internationalen Solidaritätskonferenz für Kampuchea teil.

Hessen gehört der *KBW*-Region Mitte (Sitz in Köln) mit der Bezirksgruppe Mitte/Südost (Sitz Frankfurt am Main) an. Diese untergliedert sich wieder in 4 Bezirke mit 12 Kreisgruppen und über 40 Stadtteil- bzw. Betriebszellen. Mit etwa 400 Mitgliedern ist sie die stärkste Bezirksgruppe im Bundesgebiet.

Im Mittelpunkt der Parteiarbeit in Hessen standen öffentliche Veranstaltungen, Info-Stände und Spendenaktionen für Kambodscha und den *Befreiungskampf der Patriotischen Front in Zimbabwe*. An Veranstaltungen am 2. und 3. November in Wiesbaden und Frankfurt am Main nahmen zusammen über 1 300 Personen teil.

Die *KBW*-Nebenorganisation *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung - Soldaten und Reservisten (VRV/SR)* konnte in Hessen 4 Bezirksverbände aufbauen und führte im Sommerhalbjahr im Rahmen

ihres *Revolutionären Volksbildungsprogramms* zahlreiche Schulungsveranstaltungen durch. Ihr gehören etwa 250 Mitglieder an.

Auch 1979 zeigte der Verlauf von Demonstrationen und Aktionen, daß sich der *KBW* bewußt nicht an vorgegebene Auflagen hielt und dadurch Konfrontationen mit der Polizei auslöste. Es kam wiederholt zu tätlichen Auseinandersetzungen und zahlreichen Festnahmen, insbesondere in Frankfurt am Main. In diesem Zusammenhang wurden Geldstrafen zwischen 90,- DM und 3500,- DM verhängt.

Seit April erscheint das Zentralorgan *KVZ* für alle hessischen Bezirksverbände in einer einheitlichen Ausgabe. Darüber hinaus wurden seit Mai die Zellenpublikationen mit einem einheitlichen Kopf unter Angabe der *KBW*-Geschäftsstelle, des Erscheinungsdatums und des Verbreitungsgebietes herausgegeben. Nach eigenen Angaben erschienen in Hessen monatlich 87 Zellenzeitungen - davon u. a. 27 Schul-Ausgaben, 15 Ausgaben für die Metall- und Chemieindustrie, 15 Ausgaben für den öffentlichen Dienst und 7 Hochschulzeitungen - mit einer Gesamtauflage von 62 670 Exemplaren, wobei sich die Auflagenhöhe zwischen 100 und 2 500 Exemplaren bewegte.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die *KPD* trat entsprechend ihrem Statut und Parteiprogramm für die «sozialistische Revolution» ein und sprach sich für eine Zerschlagung des «bürgerlichen Staatsapparates» mit Gewalt aus. Die in 6 Regionalkomitees, einer Bezirksleitung und 14 Ortsgruppen gegliederte Partei mit Sitz in Köln durchlief 1979 ein Jahr der inneren Krise. Finanzielle Schwierigkeiten, sinkende Mitgliederzahlen (1978 etwa 550 - 1979 rd. 400), verbandsinterne Streitigkeiten sowie ein Rückgang des Verkaufs des Zentralorgans der Partei

Rote Fahne (Auflage 1978: 14 500 – 1979: 9 000) führten zu einer Stagnation der Parteiarbeit und wirkten sich auch auf die Arbeit der Nebenorganisationen aus. Erhebliche Anstrengungen seitens der Partei, den Auflösungserscheinungen insbesondere ihrer Nebenorganisationen (*Rote Hilfe, Forum Neue Erziehung, Kommunistischer Studentenverband, Kommunistischer Jugendverband Deutschlands*) entgegenzuwirken, blieben erfolglos.

In Hessen hat sich die Zahl der KPD-Mitglieder nochmals halbiert und ist auf ca. 100 Personen zurückgegangen. Die wenigen öffentlichen Veranstaltungen und Infostände der einzigen noch bestehenden KPD-Ortsgruppe in Frankfurt am Main sowie der KPD-Nebenorganisation *Liga gegen den Imperialismus – Ortsgruppe Frankfurt am Main* – fanden keine Resonanz unter der Bevölkerung.

An den Veranstaltungen, wie Solidaritätsaktion für Kampuchea, die Dritte Welt sowie den Befreiungskämpfen in Palästina, im südlichen Afrika und in Eritrea, nahmen nur noch wenige Personen teil. Auch in der Betriebsarbeit war 1979 in Hessen eine Phase der Stagnation eingetreten. Eine Betriebszeitung mit mehreren Ausgaben (6) erschien lediglich noch bei der Firma Opel, Rüsselsheim, in unregelmäßigen Abständen.

Die Partei mußte Ende des Jahres eingestehen: «Auch unsere Partei, die in der Nachfolge der Studentenbewegung entstanden ist, muß heute, nach fast zehnjähriger Existenz feststellen: ihre ursprünglichen Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus oder zum Aufbau der Partei des Proletariats waren illusorisch; der Weg, den sie dazu eingeschlagen hat, ist gescheitert» (*Rote Fahne vom 6. Dezember 1979*). Hieraus zog die KPD die Konsequenzen und löste sich im Frühjahr 1980 auf.

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Die KPD/ML, die die politische Linie der *Partei der Arbeit Albanien*s verfolgt, trat auch 1979 für eine gewaltsame Beseitigung der bestehenden Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland ein. Sie ist bundesweit in 3 Landesverbände sowie in die Sektionen *Westberlin* und *DDR* gegliedert. Ihre Mitgliederzahl sank von 600 auf etwa 500 Personen; die Auflagenhöhe des Zentralorgans der Partei *Roter Morgen* ging von 10 000 auf 6 000 Exemplare zurück. In der politischen Arbeit stand 1979 weiterhin der Ausbau ihrer Nebenorganisationen (*Rote Garde, Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Revolutionäre Landbevölkerung, Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. V. – ehemals Gesellschaft der Freunde Albanien e. V.*) im Mittelpunkt. Die KPD/ML versuchte, den Aufbau von *Roten Kampfsportvereinen* als «proletarische Massenkampforganisationen» in enger Zusammenarbeit mit der *Roten Garde* voranzutreiben. Anhand von Trainingsplänen sollen «Sportarten wie Judo, Karate, Boxen bis zum Schießsport» angeboten werden.

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1980 konstituierte sich am 6. Oktober in Dortmund die KPD/ML-Nebenorganisation *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden*. Nach eigenen Angaben der *Volksfront* soll die Gründung der Organisation erforderlich gewesen sein, um den wachsenden «Widerstand in unserem Volk» gegen «Aussperrungsterror», «brutale Polizeieinsätze», «Naziprovokationen» und «nicht zuletzt die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß» bundesweit zu organisieren. Über die *Volksfront* will sich die KPD/ML an den Bundestagswahlen mit eigenen Kandidatenlisten beteiligen.

In Hessen gehören der KPD/ML unverändert rund 150 Mitglieder an; an ihren zentralen öffentlichen Veranstaltungen nahmen zwischen 30 und 100 Personen

teil. Offizielle Ortsgruppen der *KPD/ML* bestehen in Frankfurt am Main, Kassel und Darmstadt; Kontaktadressen unterhält die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition* in Wiesbaden, Frankfurt am Main, Gießen, Darmstadt und Rüsselsheim. Von den 1979 von der *KPD/ML* herausgegebenen 9 Betriebszeitungen erschienen 5 regelmäßig.

Kommunistischer Bund (KB)

Der am Marxismus-Leninismus und an den Ideen von Mao-Tsetung orientierte *KB* hat sich im Oktober gespalten. Die Ursache lag in einer allgemeinen Orientierungslosigkeit, organisatorischen Schwierigkeiten und einer Finanzmisere. Eine *Kritik-Fraktion* warf dem *KB* vor, er sei «nicht mehr in der Lage gewesen, über den Schatten der unreflektiert übernommenen Kader- und Avantgarden-Strukturen der Partei Lenins und Stalins zu springen». Der Mitgliederbestand ging von 1 400 auf rd. 900 Personen zurück, die Auflagenhöhe des 14-tägig erscheinenden Zentralorgans *Arbeiterkampf* sank von 13 000 auf 9 000.

Der *KB* verfügt im gesamten Bundesgebiet mit Schwerpunkt in Hamburg über Gruppen, Stützpunkte und Kontaktadressen. Er beteiligte sich politisch insbesondere bei antifaschistischen Aktionen und in der Antikernkraftbewegung und versuchte als eigene Fraktion bei den sogenannten *Grünen* mitzuarbeiten. Die von ihm erwartete Resonanz unter der Bevölkerung blieb jedoch aus. Auch seine Nebenorganisationen (*Sozialistischer Studentenbund*, *Kommunistischer Hochschulbund*, *Antifaschistische Aktionseinheitsgruppen*) brachten nicht die erwartete Erhöhung der Mitgliederzahl und Ausweitung seines politischen Einflusses.

In Hessen gehören dem *KB* etwa 100 Mitglieder an. Gruppen bestanden in Frankfurt am Main, Kassel und Darmstadt. Die Aktivitäten beschränkten sich insbesondere auf antifaschistische Aktionen

sowie auf eine Mitarbeit in dem Aktionsbündnis *Rock gegen Rechts*.

Sonstige kommunistische Gruppen

Neben den 4 bereits genannten Organisationen der *Neuen Linken* waren auch 1979 weitere kleinere kommunistische Gruppen tätig. Teils regional bzw. örtlich begrenzt, teils überregional waren ihre politischen Aktivitäten jedoch von geringer Bedeutung. Die wichtigsten dieser Gruppen sind:

Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) mit seinen Nebenorganisationen *Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)*, *Bund Kommunistischer Intellektueller (BKl)* und *Kommunistische Studentengruppen (KSG)*. Von den bundesweit etwa 700 Mitgliedern wohnen in Hessen rd. 50. Zentralorgan ist die *Rote Fahne*.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) mit seiner Nebenorganisation *Kommunistischer Hochschulbund (KHB)*. Die Mitgliederzahl beträgt im Bundesgebiet etwa 200, in Hessen rd. 20. Das Zentralorgan ist die *Kommunistische Arbeiterzeitung*.

Komitees für Demokratie und Sozialismus mit etwa 500 Anhängern im Bundesgebiet und rd. 20 in Hessen. Sie geben die *Hefte für Demokratie und Sozialismus* heraus.

Trotzkistische Gruppen

Die an der Lehre von Leo Trotzki orientierten und untereinander meist zerstrittenen Gruppierungen waren auch 1979 politisch bedeutungslos. Am bekanntesten ist die *Gruppe Internationale Marxisten (GIM)* – Deutsche Sektion der IV. Internationale –.

Sie hat bundesweit etwa 500, in Hessen rd. 80 Mitglieder. Als Zentralorgan erscheint *Was tun*. Die übrigen Gruppen bestehen nur aus einigen Mitgliedern (maximal 20). Demgemäß ist ihre politische Bedeutung nach außen gering.

Undogmatische Neue Linke

Im Bereich der linksextremen Gruppen und Personen, die sich nicht zum Marxismus-Leninismus oder zum Trotzkismus bekennen, waren auch 1979 keine Einigungstendenzen erkennbar. Die zahlreichen, meist kleineren Gruppen sind weiterhin unter sich zerstritten. Verdeutlicht wurde diese Situation durch die Feststellung der Teilnehmer einer Veranstaltung am 15. Februar in Frankfurt am Main zum Thema «Iran, Kambodscha, Vietnam und wir»: «Zumindest war es möglich, sich gegenseitig zuzuhören, auch wenn wir feststellen mußten, daß die Verschiedenheit unserer Sprache, unserer Erfahrungen in einem Plenum von 300 Leuten sehr schwer miteinander zu vermitteln sind» (*Pflasterstrand Nr. 48*).

Die Anhänger der *undogmatischen Neuen Linken* beteiligten sich auch 1979 an größeren Veranstaltungen wie mehreren überregionalen Anti-Kernkraftdemonstrationen und den Veranstaltungen zur Verhinderung des von der NPD geplanten *Deutschlandtreffens* am 16./17. Juni in Frankfurt am Main. Während der überwiegende Teil der Demonstrationen ohne Zwischenfälle verlief, kam es insbesondere bei Aktionen gegen den Neofaschismus zu Ausschreitungen. Bereits 1979 wurde unter den Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken* die Diskussion über eine mögliche Beteiligung zu der Bundestagswahl 1980 bei den *Grünen* geführt. Hierzu erklärten die *Basisgruppen* in einem *Offenen Brief* zur «alternativen-grünen Wahlbeteiligung» u. a.: «Einziger Garant für die Entwicklung einer grün-bunten Alternative ist die Einheit in der Vielfalt aller beteiligten oppositionellen Strömungen, die Ablehnung jeglicher Spaltungstendenzen und der Versuch der basisdemokratischen Anbindung der neuentstehenden Partei an die Initiativen der Basisopposition zu den etablierten Parteien der insgesamt Alternativen . . . Das Nebeneinander von Alternativen und Grünen muß schleunigst

überwunden werden». Auf einem Beratungskongreß der *Bunten/Alternativen* vom 14.–16. Dezember in Frankfurt am Main wurden trotz Zerstrittenheit der anwesenden Gruppierungen – auch Vertreter von *KPD* und *KB* – Beschlüsse gefaßt, die eine Mitarbeit bei den *Grünen* von der Verwirklichung folgender Grundpositionen abhängig macht:

«Das grüne Programm darf die Tatsache des Klassenkampfes nicht leugnen. Es muß die Forderungen der Arbeiterbewegung (insbesondere nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Unterstützung des Lohnkampfes, Einführung des uneingeschränkten Streikrechts) unterstützen, um jetzt schon Arbeitern die Möglichkeit einer Mitarbeit zu schaffen und die Voraussetzungen für eine Verbindung von ökologischer und Arbeiterbewegung zu schaffen.

Wir erwarten die Unterstützung der Forderungen nach voller Gleichberechtigung und dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen im grünen Programm, insbesondere die Forderung nach Abschaffung des § 218. Wir fordern, daß die Frauen in der zu gründenden Partei über ihre Forderungen und Projekte selbst entscheiden können, und daß sie in allen Organen sowie bei der Kandidatenaufstellung gleichberechtigt vertreten sind.

Wir fordern die volle Unterstützung von Schwulen und Lesben und von der autonomen Schwulen- und Lesbenbewegung im grünen Programm in ihrem gemeinsamen Kampf gegen sexuelle Diskriminierung und gesellschaftliche Unterdrückung, insbesondere die Abschaffung der §§ 174, 175, 176.

Das uneingeschränkte Recht radikal-demokratischer Politik entsprechend dem Abschnitt «Basis- und radikal-demokratisch» in unserer Präambel, wie sie in der Arbeitsgruppe vom 15. 12. einmütig beschlossen worden ist (siehe Anhang):

Unvereinbarkeit mit jeglichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen (allerdings keine Zusammenarbeit mit Faschisten!)
entschiedener Kampf gegen alle Formen von politischer Unterdrückung in der BRD

Vorrang von außerparlamentarischen Aktionen gegenüber der Parlamentsarbeit für das Politikverständnis der zu gründenden grünen Partei.»

(Auszug aus *Extrablatt* zur grün-roten Wahldiskussion)

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

In den Studentenparlamenten an den 5

hessischen Universitäten und Hochschulen verloren die Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken* (*Sozialistische Hochschulinitiative, Linke Liste, Basisgruppen*) bei den Studentenparlamentswahlen von ihren 1978 errungenen 56 Mandaten 17 (bei insgesamt 157 Sitzen). Die Gruppe *Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)* sowie der *Sozialistische Hochschulbund (SHB)* konnten ihren Einfluß erweitern und ihre Parlamentssitze von 19 auf 22 erhöhen. Von den *dogmatischen K-Gruppen* ist lediglich die Studentenorganisation des *KBW*, der *Kommunistische Studentenbund (KSB)*, mit je einem Sitz in den Studentenparlamenten der Gesamthochschule Kassel und der Universität Gießen vertreten.

Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die Anhänger der *RAF* sind nach wie vor bestrebt, durch «bewaffneten Kampf» eine «revolutionäre Massenbewegung» auszulösen. Den «harten Kern» der *RAF* umgibt ein «legaler» Unterstützerkreis. Neben der Informationsweitergabe, der Häftlingsbetreuung und der propagandistischen Unterstützung, die diese Gruppen leisten, dienen sie als Kontaktstellen der «Illegalen» und als deren bevorzugter Rekrutierungsbereich.

Obwohl die *RAF*, wie schon im Vorjahr, nicht durch Aktionen gegen Repräsentanten des Staates in Erscheinung trat, gab es dennoch Anzeichen dafür, daß die Bedrohung durch terroristische Gewalttäter der *RAF* weiter andauerte. Insbesondere deuteten verschiedene Banküberfälle darauf hin, daß die *RAF* Vorbereitungen für neue «Kommando-Unternehmungen» traf. So wurden am 19. März in Darmstadt DM 49 000,—, am 17. April in Nürnberg DM 200 000,— und am 19. November in Zürich umgerechnet DM 506 000,— erbeutet. Bei dem Überfall in Darmstadt, der von zwei Frauen und einem Mann verübt wurde, ergab die kriminaltechnische Untersuchung, daß Mitglieder der *RAF* diesen Überfall durchgeführt haben. Im Zuge der Fahndung nach den Tätern des Bankraubs von Nürnberg konnte die mit Haftbefehl gesuchte Elisabeth von Dyck in einer konspirativen Wohnung in Nürnberg gestellt werden. Bei ihrer Festnahme wurde sie durch Polizeibeamte in Notwehr tödlich verletzt. Der Banküberfall in Zürich führte unmittelbar zur Festnahme des mit Haftbefehl gesuchten *RAF* Mitglieds Rolf Klemens Wagner, in dessen Besitz sich umgerechnet DM 358 000,— und damit der größte Teil des gestohlenen Geldbetrags befanden. Auf ihrer Flucht machten die Täter rücksichtslos von ihren Schusswaffen Gebrauch und töteten dabei eine unbeteiligte Passantin.

Im Jahre 1979 wurden insgesamt sechs konspirative Wohnungen der *RAF* in der Bundesrepublik Deutschland entdeckt, zwei davon in Frankfurt am Main. In einer dieser Wohnungen konnte am 9. Juni der Terrorist Rolf Heissler festgenommen werden. Er war im Besitz einer geladenen Waffe, die im Jahre 1977 in Frankfurt am Main bei einem Überfall auf einen Waffenhändler erbeutet wurde. Waffen aus diesem Überfall tauchen immer wieder bei terroristischen Gewalttättern auf. Die intensive Fahndung der Sicherheitsbehörden führte am 13. Juli erneut zum Auffinden einer konspirativen Wohnung, die ebenfalls von Rolf Heissler und seinen Komplizen benutzt worden war.

Die Anmietung dieser Wohnungen und die Banküberfälle signalisieren die Bereitschaft der *RAF*, weitere Aktionen durchzuführen. Es gelang jedoch erneut, die mutmaßlichen Täter in der Vorbereitungsphase zu überraschen und zu verunsichern, so daß Aktionen dieser gefährlichen Terrorgruppe nicht zur Ausführung kamen.

Der Unterstützerbereich der *RAF* im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin war nach wie vor aktiv. Die Aufgaben dieser Gruppen bestehen aus der Informationsweitergabe untereinander, der Informationsweitergabe in die und aus den Haftanstalten, der Häftlingsbetreuung und der Durchführung von Propaganda-Aktionen. Sie gelten als Rekrutierungsfeld und Kontaktstellen der *RAF*.

Die Mitglieder der Unterstützerguppen zeigten reges Interesse an den Prozessen gegen mutmaßliche Terroristen und konzentrierten ihre Aktionen auf die Haftbedingungen der sogenannten politischen Gefangenen. Die hessischen *RAF*-Unterstützerguppen widmeten sich wiederum intensiv der Betreuung inhaftierter Terroristen, beobachteten laufende Prozesse und gaben Flugblätter heraus. Insgesamt konnte eine zunehmende Militanz der Unterstützerguppen festgestellt werden.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Seit 1973 existieren weitere terroristische Gruppen, die sich *Revolutionäre Zellen (RZ)* nennen. Sie sind verantwortlich für fast 100 Anschläge verschiedenster Art. Dabei bemühen sie sich darum, daß ihre Aktionen bei dem «revolutionären Potential» auf Verständnis und Billigung stoßen. Kritisiert wird die brutale Mißachtung von Menschenleben. Mordanschläge wie die der *RAF* werden abgelehnt.

Im Gegensatz zur *RAF* leben die Mitglieder der *RZ* nicht im Untergrund. Die *RZ* bieten ihren Mitgliedern verschiedene Möglichkeiten, aktiv zu werden. Die Skala ihrer Aktionen reicht vom Unbrauchbarmachen von Fahrscheinautomaten bis hin zu Sprengstoffanschlägen, bei denen auch die Gefährdung von Personen in Kauf genommen wird.

1979 traten die *RZ* wiederum durch eine Anzahl von Anschlägen in Erscheinung. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Rhein-Main-Gebiet. Über die Hälfte der Anschläge wurden in diesem Raume verübt, obwohl es 1978 den Sicherheitsbehörden gelungen war, in Frankfurt am Main eine *RZ* aufzudecken. Dadurch wurden mehrere Mitglieder dieser *RZ* gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Das war der Anlaß zu einer kurzzeitigen Beruhigungsphase.

Ab April nahmen die terroristischen Aktivitäten, zu denen sich die *RZ* bekannten, wieder zu. Bei den Anschlägen wurde eine ständige Eskalation ersichtlich, die Anfang 1980 in einem Anschlag auf die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ihren bisherigen Höhepunkt fand.

Eine *Revolutionäre Zelle in der IGM* verübte am 25./26. April auf die Anwesen des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall und seines Stellvertreters mehrere Farbanschläge. Die Gewerkschaftsführer wurden in einem Bekenner-schreiben u. a. für die «Niederlage» bei dem Stahlarbeiterstreik von 1978 verantwortlich gemacht.

In der Frankfurter Innenstadt konnte am 15. Juni ein geplanter Sprengstoffanschlag gegen die Niederlassung einer deutschen Automobilfirma vereitelt werden. Der Sprengsatz wurde rechtzeitig unschädlich gemacht. Eine *RZ Nicaragua* nahm zu dem «leider fehlgeschlagenen» Sprengstoffanschlag Stellung und bedauerte, daß ihr ein Fehler unterlaufen sei. Über diesen Anschlag, bei dem eine Gefährdung von Personen in Kauf genommen wurde, kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung verschiedener *RZ*. Ein weiterer Anschlag, zu dem sich die *RZ* bekannten und bei dem zwei LKW's stark beschädigt wurden, richtete sich am 17./18. Juni gegen eine deutsche Früchtevertriebsgesellschaft. Der Firma wurde die Zusammenarbeit mit israelischen Firmen vorgeworfen und der Anschlag mit dem «Völkermord am palästinensischen Volk» gerechtfertigt.

Diesen gewaltsamen Protest der *RZ* machten sich politisch extreme Kräfte innerhalb der Bewegung der Kernkraftwerksgegner zu eigen. So wurde am 15. Mai in Hanau das Bürogebäude einer Nuklearfirma beschädigt. Der Sachschaden betrug rd. 5000 DM. Zu dieser Aktion bekannte sich eine *Grüne Zelle*.

Am 4. Juni wurde auf ein Gebäude der Uran-Gesellschaft in Frankfurt am Main ein Sprengstoffanschlag verübt. Es entstand Sachschaden in Höhe von 80000 DM. In einem Schreiben bekannten sich *AKW-Gegner* zu dem Anschlag und erklärten:

«Wir sind nach Harrisburg nicht länger bereit, diese menschenvernichtende Technologie widerstandslos hinzunehmen, sondern durch diese Aktion beizutragen, daß die Atomindustrie lahmgelegt wird und alle AKW's stillgelegt werden.»

Am 15. Oktober wurde in Wiesbaden ein Bauwagen der Firma Hoch-Tief AG in Brand gesteckt. Für verantwortlich erklärte sich eine *Revolutionäre Zelle*, die die Aktion als «Beitrag zu den vielen Wider-

standsformen gegen AKW's» bezeichnete.

Am 3. Dezember richtete sich ein Sprengstoffanschlag gegen die Firma Metallgesellschaft in Frankfurt am Main.

In einigen Fällen konnte bereits eine Tatmittelgleichheit mit Anschlägen der *Revolutionären Zellen* festgestellt werden.

Bewegung 2. Juni

Diese terroristische Organisation, die ihre Straftaten im wesentlichen in Berlin verübt hat (Mord am Kammergerichtspräsidenten von Drenckmann, Mord an Ulrich Schmücker, Entführung Peter Lorenz, Befreiung des Terroristen Till Meyer u. a.) ist im Jahre 1979 nicht durch Aktionen hervorgetreten. Die *Bewegung 2. Juni* ist in sich gespalten. Dies wird in einem Interview mit vier Mitgliedern der Gruppe deutlich, die sich zur Zeit in Haft befinden (*Pflasterstrand Nr. 44*). Darin wird aufgrund der veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine «Umstrukturierung des Widerstandes, der Widerstands- und Organisationsformen» für notwendig erachtet. Eine der Bevölkerung nicht mehr vermittelbare Aktion wie die Flugzeugentführung nach Mogadischu wird abgelehnt und als «volksfeindlich» bezeichnet. Der diese Konzeption nicht mittragende Teil der Gruppe, der ein ähnliches Konzept wie die *RAF* verfolgt, befindet sich noch auf freiem Fuß. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß zwischen Personen dieser Gruppe und der *RAF* Kontakte bestehen.

Umfeld des Terrorismus

Im Vorfeld des Terrorismus arbeiten nach wie vor eine Reihe von Gruppierungen, die sich als *Rote Hilfe*, *Schwarze Hilfe*, *Folterkomitee*, *Knastgruppe* oder ähnlich bezeichnen. Neben der Häftlingsbetreuung und dem Informationsaustausch sind Propagandaaktionen und Solidaritätsver-

anstaltungen Hauptaufgaben dieser Gruppen. So traten die Unterstützergruppen als *Russell-Initiativgruppen Haftbedingungen* anläßlich der 2. Sitzungsperiode des *Russell-Tribunals* im Januar in Köln auf. War bei der 1. Sitzungsperiode, damals durch eine Kirchenbesetzung in Frankfurt am Main-Harheim, vergeblich versucht worden, das Thema «Haftbedingungen politischer Gefangener» vor das *Russell-Tribunal* zu bringen, so wurde diesmal erreicht, daß dieses Thema unter dem Oberbegriff «Einschränkung der Verteidigerrechte» behandelt wurde.

Mitglieder von Unterstützergruppen nahmen auch an Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen teil. Insbesondere wurden Kundgebungen, Unterschriftensammlungen und Flugblattaktionen für Astrid Proll durchgeführt. Immer wieder wurden Schmieraktionen bekannt, die zur Solidarität mit der *RAF* aufforderten, die Freilassung inhaftierter Terroristen verlangten und u. a. den Tod von Elisabeth von Dyck als Mord bezeichneten.

Die Besetzung der Büroräume der *dpa* in Frankfurt am Main im November 1978 (*Kommando Michael Knoll und Willy Peter Stoll*) wurde mit Freiheitsstrafen zwischen zehn Monaten und einem Jahr bzw. Jugendstrafen geahndet.

Am 13. August wurde auf ein Gebäude des Bundesgrenzschutzes in Bad Schwalbach ein Brandanschlag verübt, bei dem Sachschaden in Höhe von 200 000 DM entstand und der wie folgt begründet wurde:

«Jetzt wird der BGS in Ballungszentren (potentiellen Aufstandszentren) – hier Rhein-Main – stationiert. Sie werden ... wie jetzt schon im Dauereinsatz die Bevölkerung in Gorleben terrorisieren. Auch der Killergruppe GSG 9 werden diese BGS-Kasernen als Sprungbrett für ihre Einsätze bei der Liquidationsfahndung gegen die Guerilla dienen.

Die Weiterentwicklung einer militanten antimilitaristischen Bewegung im Her-

zen der Bestie, die dem Imperialismus kein ruhiges Hinterland läßt, ist eine Bedingung für den weltweiten Sieg!»

In einem weiteren Schreiben zu diesem Anschlag heißt es:

«Durch den Anschlag wollen wir auch vermitteln, daß es richtig ist, sie dann anzugreifen, wenn sie nicht damit rechnen. Aus dem Dunkel heraus, daß wir auch andere Möglichkeiten haben, als ihnen immer wieder auf Demos. . . hilflos gegenüberzustehen.»

Diese Aktion zeigt, daß Personen des terroristischen Umfeldes auch vor strafbaren Handlungen nicht zurückschrecken.

Neben den von den Gruppen des terroristischen Umfeldes herausgegebenen Flugblättern und Plakaten erscheinen immer wieder Beiträge der Unterstützerguppen in verschiedenen Alternativzei-
tungen.

Beurteilung

Der Linksextremismus stellte auch 1979 keine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland dar.

Der *DKP* mit ihren Nebenorganisationen blieb weiterhin ein Rückhalt in der Bevölkerung versagt. Dies zeigten erneut die Ergebnisse der Europawahl und der Kommunalnachwahlen im Lahn-Dill-Gebiet. Die jüngsten Appelle der *DKP*, «Tausende Betriebsarbeiter für die Partei gewinnen»,

machen deutlich, daß sie um ihre Verankerung in der Arbeiterschaft besorgt ist und den Verlust der Basis für ihren Führungsanspruch als Partei der Arbeiterklasse befürchtet. Ihre unverminderten Aktivitäten, ihr Festhalten an den verfassungsfeindlichen Zielen und die massive Unterstützung durch die *SED* machen jedoch weiterhin eine aufmerksame Beobachtung der orthodox-kommunistischen Gruppen durch den Verfassungsschutz erforderlich. Dies gilt auch deshalb, weil die *DKP* alle Möglichkeiten ausschöpft, um Institutionen und Verbände zu unterwandern und für ihre Ziele auszunutzen.

Auch die Parteien und Gruppen der *dogmatischen* und *undogmatischen Neuen Linken* konnten 1979 ihren Einfluß auf das politische Geschehen nicht erweitern. Obwohl sie zu bestimmten Einzelaktionen Geschlossenheit demonstrierten, war ein Rückgang der spektakulären und militanten Aktionen festzustellen. Ihre gruppeninternen Schwierigkeiten bei der politischen Orientierung sowie die anhaltenden Mitgliederverluste nötigten die Organisationen mehr denn je dazu, sich mit ihrem «Eigenleben» zu befassen.

Die Bedrohung durch den Terrorismus hielt weiterhin an. Die mit Haftbefehl gesuchten Terroristen bemühten sich, neue Aktionen vorzubereiten. Die Fahnderfolge, insbesondere die Festnahme führender Terroristen und die Aufdeckung konspirativer Wohnungen dürften jedoch dazu beigetragen haben, sie an der Aus-
führung zu hindern.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Die stärksten Aktivitäten gingen von türkischen links- und rechtsextremen Organisationen aus. Dabei handelt es sich um Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen, die von den politischen Verhältnissen ihres Heimatlandes bestimmt werden. Dagegen gingen die Aktivitäten der iranischen Gruppen nach dem Umsturz in Iran zurück. Kroatische und palästinensische Gruppen machten weiterhin durch mehrere öffentliche Aktionen auf sich aufmerksam. Die übrigen extremen Ausländergruppen beschränkten sich im wesentlichen auf interne Zusammenkünfte.

Türkische Gruppen

1979 war eine zunehmende Radikalisierung zwischen türkischen Links- und Rechtsextremisten festzustellen. Bei geringfügigen Anlässen, wie z. B. Flugblattverteilungen, kam es mehrfach zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen auch Schußwaffen, Schlagwerkzeuge und Messer benutzt wurden.

Die im Jahre 1978 in Frankfurt am Main als Zusammenschluß von nationalistischen Vereinen (*Kulturvereinen*) gegründete *Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa* (ADUETDF) hat ihre Aktivitäten verstärkt. Sie ist von der *Partei der Nationalistischen Bewegung* (MHP) beeinflusst, die unter der Führung von Alparslan Türkeş einen militanten Antikommunismus vertritt und von religiösem Erneuerungsbewußtsein im Zeichen des Islam getragen wird. Vornehmlich gegen diese Gruppierung richteten sich die Aktivitäten der linksextremen türkischen Vereinigungen, von denen die einflußreichste die *Föderation der türkischen Arbeitervereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland e. V.* (FIDEF) ist.

Während die ADUETDF bewußt keine Verbindung zu deutschen Gruppen suchte, wurde die FIDEF in ihren Aktionen insbesondere von Anhängern der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), dem *Marxistischen Studentenbund Spartakus* (MSB) und dem *Sozialistischen Hochschulbund* (SHB) unterstützt. Im einzelnen kam es u. a. zu folgenden Zwischenfällen:

Am 7. Januar wurden Verteiler von Flugblättern, die auf eine Filmveranstaltung des *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main und Umgebung* am 13. Januar aufmerksam machten, von etwa 30 Türken mit Stöcken und Kabeln tätlich angegriffen.

Am 1. Februar erschien während der Gründungsversammlung des *Türkischen Kulturvereins in Rüsselsheim* etwa 30 mit Schlagwerkzeugen ausgerüstete Türken und schlugen auf die Versammlungsteilnehmer ein. Bei den Angreifern soll es sich um Mitglieder des *Türkischen Arbeitervereins in Rüsselsheim* gehandelt haben.

Am 8. Mai wurde in Neu-Isenburg vor dem Eingang der TER-Druckerei ein Sprengstoffpaket aufgefunden, dessen Zündvorrichtung versagt hatte. In anonymen Briefen hat sich die sozialrevolutionäre *Türkische Volksbefreiungs-Partei/-Front* (THKP/-C) für den versuchten Anschlag verantwortlich erklärt.

Am 2. Juni kam es in Rüsselsheim zu einer massiven Protestaktion türkischer Linksextremisten gegen eine Veranstaltung des *Türkischen Kulturvereins in Rüsselsheim*. Eine Person wurde verletzt und Scheiben einer nahegelegenen Tankstelle beschädigt. Es fielen Schüsse. Bei Kontrollen im Stadtgebiet wurden bei mehreren Türken zahlreiche Waffen und Schlagwerkzeuge sichergestellt.

Am 27. August wurde ein nächtlicher Bombenanschlag auf das Büro der *Türkische Airlines* in Frankfurt am Main verübt, für den eine *Geheime Armenische Befreiungsarmee* die Verantwortung übernahm.

Der Anschlag sollte der Öffentlichkeit «die armenische Sache» bewußt machen und die Welt an den von den Türken in den Jahren 1914/15 begangenen Völkermord an der armenischen Nation erinnern.

Am 29. September wurde der Vorsitzende des *Türkischen Kulturvereins in Rüsselsheim* durch Schläge mit einem Eisenrohr erheblich verletzt. Bei einem der Täter handelte es sich um einen Funktionär des *Vereins der Arbeiter aus der Türkei in Rüsselsheim*, einer Unterorganisation der maoistisch-proalbanisch ausgerichteten *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)*.

Am 16. November verübte eine unbekannte männliche Person, die kurdischen Dialekt sprach, einen Mordversuch gegen einen national eingestellten Türken, der sich allein im Vereinsheim des *Türkischen Kulturvereins in Rüsselsheim* aufhielt. Das Opfer wurde durch einen Schuß verletzt.

Am 25. November kam es in Frankfurt am Main zu Tötlichkeiten, in deren Verlauf 4 Personen durch Messerstiche verletzt wurden. Grund der gewaltsamen Auseinandersetzung war die Verteilung von Flugblättern durch Angehörige des *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main und Umgebung*. Alle verletzten türkischen Staatsangehörigen waren Mitglieder der *Progressiven Volkseinheit* in Frankfurt am Main (*FHDB*), die der sozialdemokratischen türkischen *Republikanischen Volkspartei (CHP)* nahesteht.

Als mutmaßliche Täter wurden der Vorsitzende des *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main und Umgebung* sowie ein weiterer Türke vorläufig festgenommen. Auf Grund dieser Gewaltaktionen durchsuchte die Polizei Ende November die Büroräume des *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main und Umgebung* und der *ADUETDF* in Frankfurt am Main. Am 8. Dezember wurden in Frankfurt am Main drei Polizeibeamte, die den Ablauf einer Demonstration von etwa 500 linksgerichteten Türken und Deutschen mit einem Videogerät aufzeichneten, von De-

monstranten tötlich angegriffen und dabei verletzt. Anlaß der Demonstration waren die Vorfälle am 25. November in Frankfurt am Main.

Iranische Gruppen

Nach dem Sturz des Schahregimes kehrten Anfang des Jahres zahlreiche iranische Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere aus dem Rhein-Main-Gebiet, in den Iran zurück. Sie wollten sich aktiv an den politischen Auseinandersetzungen in ihrem Heimatland beteiligen. In diesem Zusammenhang kam es im Januar/Februar auf dem Rhein-Main-Flughafen verschiedentlich zu tumultartigen Szenen, da iranische Studenten dort einen Hungerstreik durchführten, um ihrer Forderung nach kostenlosem Heimflug in den Iran Nachdruck zu verleihen.

Im Juli wurde in Kreisen iranischer Studenten die Existenz einer «Liste» mit rd. 350 Namen von vermutlichen Angehörigen bzw. ehemaligen Mitarbeitern des iranischen Geheimdienstes *SAVAK* in der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Die in der «Liste» aufgeführten Personen wurden als «Feinde der Revolution» bezeichnet. Sie seien einer «Bestrafung» zuzuführen.

In Frankfurt am Main nahmen am 15. Juli etwa 100 Personen an einem sogenannten iranischen «Revolutions-Tribunal» teil. Fünf angebliche ehemalige *SAVAK*-Informanten wurden gewaltsam vorgeführt. Diesen Iranern, die zu Einzelheiten ihrer vermuteten Agententätigkeit befragt wurden, nahm man die Pässe ab, fertigte Lichtbilder von ihnen und zwang sie, vorgefertigte Protokolle zu unterschreiben. Man sagte ihnen, daß sie zur Klärung weiterer Fragen in den Iran gebracht würden. Die Polizei, die anonym von der Gewaltaktion unterrichtet wurde, befreite die festgenommenen Iraner und nahm sechs Angehörige des «Tribunals» fest.

Die *Conföderation Iranischer Studenten - National Union (CISNU)*, die sich trotz Streitigkeiten und Spaltungen jedenfalls im Kampf gegen das Schah-Regime einig war und sich ursprünglich mit der *Islamischen Revolution* unter der Führung Khomeinis identifizierte, änderte inzwischen ihre Einstellung. Sie veröffentlichte Ende November in Frankfurt am Main eine Presseerklärung, in der es u. a. heißt: «Wir stellen mit Bedauern fest, daß die iranische provisorische Regierung dabei ist, Schritt für Schritt die demokratischen Errungenschaften des iranischen Volkes abzubauen. Statt des Frühlings der Freiheit, beginnt im Iran der Herbst des Terrors und der neuen Diktatur.»

Palästinensische Gruppen

Traditionsgemäß wurde in der Zeit vom 31. Januar bis 4. Februar in Frankfurt am Main die *Palästina-Woche* anlässlich des 14. Jahrestages der *Palästinensischen Revolution* durchgeführt. Initiator der Festwoche waren der *Palästinensische Studentenverband Frankfurt am Main (PSV)*, die *Generalunion Arabischer Studenten (GUAS)* sowie verschiedene deutsche linksextreme Gruppen. An den einzelnen Veranstaltungen nahmen bis zu 300 Besucher verschiedener Nationalitäten teil. Das Programm enthielt mehrere Vortrags- bzw. Diskussions-Veranstaltungen zu den Themenkreisen «Aktuelle Lage in Palästina und im Iran» und «Politische Gefangene in Israel».

In der ersten Jahreshälfte erfolgten in der Bundesrepublik Deutschland 12 Festnahmen von Angehörigen palästinensischer Kommandos. Sie alle waren im Besitz von Sprengstoff.

Der seit 1971 in Hessen wohnhafte Palästinenser Ibrahim Al Baz wurde am 11. Mai in Frankreich auf dem Flughafen Roissy festgenommen. Al Baz kam aus Beirut und wollte nach Frankfurt am Main weiterfliegen. Bei einer Kontrolle wurde

festgestellt, daß er unter einem doppelten Boden seines Koffers 4,5 kg Sprengstoff versteckt hatte. Al Baz gab bei seiner Vernehmung an, den Auftrag zu haben, den Sprengstoff nach Frankfurt am Main zu bringen.

Am 3. April detonierte in der Fracht- und Postumschlagstelle auf dem Rhein-Main-Flughafen ein Sprengsatz. Ermittlungen ergaben, daß ein Paket mit Sprengstoff an einen unter der angegebenen Anschrift nicht feststellbaren Empfänger in Israel adressiert und in der Frachtabteilung des Flughafens aufgegeben worden war. Bei der Explosion wurden 7 Frachtarbeiter verletzt, 3 davon schwer. Eine Rekonstruktion des Tathergangs läßt den Schluß zu, daß das von unbekanntem Tätern aufgegebene Paket erst auf dem Transport in einem Flugzeug nach Israel explodieren sollte.

Kroatische Gruppen

Im Verlauf des Jahres führte der *Kroatische Nationalrat (HNV) Weltvertretung der kroatischen Emigration* – zahlreiche interne Versammlungen in Frankfurt am Main durch, in denen vor allem die Vergangenheit und die Zukunft Kroatiens diskutiert wurden. In zunehmendem Maße wurde aber auch deutlich, daß es innerhalb des *HNV* zwischen Anhängern der konservativen Linie, den sogenannten *Altemigranten*, und Anhängern des *Kroatischen Frühlings*, einer oppositionellen kroatischen Bewegung aus den Jahren 1971/72 in Jugoslawien, zu Unstimmigkeiten kam, die vielfach einen ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlungen unmöglich machten.

Anlässlich einer gewaltsamen Auseinandersetzung unter Kroaten und Serben in der Nacht vom 14. zum 15. September in der Gaststätte «Balkan-Grill» in Frankfurt am Main wurde ein Jugoslawe getötet und ein weiterer schwer verletzt. Ursache des blutigen Streits waren politische Diskus-

sionen unter Gastarbeitern über die derzeitigen Zustände in ihrem Heimatland. Die Gaststätte wurde in der darauffolgenden Nacht von Unbekannten angezündet und brannte nieder.

Der *Kroatische Nationalrat (HNV)* führte im Oktober und November in Frankfurt am Main mehrere Demonstrationen durch, um gegen den Beschluß des OLG Frankfurt am Main zu protestieren, mit dem die von Jugoslawien beantragte Auslieferung des kroatischen Extremisten Ljubomir Dragoja für zulässig erklärt worden war. An den Protestaktionen beteiligten sich zwischen 100 und 500 Personen, überwiegend Kroaten aus dem gesamten Bundesgebiet. Am 24. November wurden bei einer Demonstration in der Frankfurter Innenstadt, an der etwa 400 Exilkroaten und Albaner teilnahmen, Flugschriften

verteilt, in denen die Freilassung Dragojas gefordert wurde. Auf mitgeführten Transparenten wurde aber auch zum Kampf gegen das Tito-Regime aufgerufen. (Die Bundesregierung lehnte im Dezember die Auslieferung Dragojas ab).

Beurteilung

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Aktivitäten ausländischer extremer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend von den jeweiligen politischen Verhältnissen in den einzelnen Heimatländern bestimmt werden. Dies führte insbesondere bei den im Bundesgebiet lebenden politisch extremen Türken zu einer zunehmenden Radikalisierung, die bis zum offenen Aufruf zur Gewaltanwendung reichte.

Spionageabwehr

Allgemeine Lage

Auch im Jahre 1979 hielten die starken nachrichtendienstlichen Aktivitäten kommunistischer Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland unvermindert an. Sie konzentrierten sich auf wirtschaftliche und politische Einrichtungen. Das Land Hessen war hiervon besonders betroffen. Die stärksten Aktivitäten entwickelten wiederum die Nachrichtendienste der *DDR*, die vermehrt ihre Aufgabenstellung politisch begründen und die Rechtfertigung ihrer Tätigkeit aus der Überzeugung herleiten, dem «besseren System zu dienen». Dies kann an Aussagen des *DDR*-Staatsratsvorsitzenden Honecker anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung des *Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)* aufgezeigt werden. Danach habe die Errichtung des Ministeriums der marxistisch-leninistischen Lehre von der sozialistischen Revolution und den objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes entsprochen. Das *Zentralkomitee der SED* sei gewiß, daß die Angehörigen des *MfS* auch weiterhin in Treue und Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer Partei als sozialistische Patrioten und proletarische Internationalisten unter allen Bedingungen jeden Kampfauftrag ehrenvoll erfüllen.

Die Aussagen des im Januar in die Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Oberleutnants des *MfS* Werner Stiller brachten für die Spionageabwehr wesentliche Erkenntnisse. Sie ermöglichten neue Einblicke in die Arbeit der Geheimdienste des Ostblocks und führten dazu, daß zahlreiche *DDR*-Agenten verhaftet werden konnten. Andere entzogen sich der bevorstehenden Festnahme durch die Flucht. Den zuständigen hessischen Behörden wurden inzwischen mehr als 10 Personen bekannt, gegen die aufgrund der Aussagen von Stiller unmittelbar oder mittelbar

der Verdacht nachrichtendienstlicher Aktivitäten besteht. Die Ermittlungen dauern in den meisten Fällen noch an.

Die Aussagen Stillers bestätigten die schon bisher vermutete Tendenz, daß die Nachrichtendienste des Ostblocks und insbesondere die der *DDR* ihre Tätigkeit nicht nur auf Einzelsachverhalte und Einzelunternehmen beschränken, sondern den Auftrag haben, das gesamte wissenschaftliche und technische Potential der Bundesrepublik Deutschland auszuforschen. Hierzu bedient sich das *MfS* qualifizierter wissenschaftlich geschulter Mitarbeiter.

Mit ihrer Tätigkeit ermöglichen die Nachrichtendienste der *DDR* nach eigener Einschätzung ihrer Wirtschaft große finanzielle Einsparungen. Der Bereich *Wissenschaft* hat deshalb innerhalb des *Ministeriums für Staatssicherheit* eine ganz erhebliche Bedeutung. So sind allein 4 von den 15 Abteilungen der *Hauptverwaltung Aufklärung* des *MfS* mit dieser Aufgabe befaßt. Auf diese Weise eingeholte Informationen werden den fachlich zuständigen *DDR*-Betrieben überlassen, die hierfür eine finanzielle Gegenleistung an das *MfS* entrichten müssen. Mit dieser Gegenleistung können neue Forschungsaufträge finanziell abgedeckt werden.

Werbungsanlässe und -methodik

Die Geheimdienste der *DDR* konnten weiterhin die besonderen politischen, gesellschaftlichen und geographischen Verhältnisse beider deutscher Staaten ausnutzen. Das Land Hessen ist durch die gemeinsame Grenze unmittelbar mit diesem Problem konfrontiert.

Das *MfS* versucht vor allem, die familiären und beruflichen Kontakte über die Grenze hinweg für seine Zwecke zu nutzen. Neben dem grenzüberschreitenden Verkehr bieten auch die Übersiedlungen Anlässe für nachrichtendienstliche Ansprachen. Personen, die die Übersiedlung beantragt

hatten, wurden für eine Agententätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Viele der so Verpflichteten offenbarten sich nach ihrer Übersiedlung.

Die Kontaktaufnahme mit im Bundesgebiet lebenden Personen erfolgt bei den DDR-Nachrichtendiensten nicht selten durch Brief- und Telefonanbahnungen. Grundlage für die Anbahnung von Agenten und die Sammlung von Informationen ist zum großen Teil der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.

Die systematische Auswertung von Stellenanzeigen bietet immer wieder Ansatzpunkte für auf den Einzelfall abgestimmte Briefanbahnungen, wie das folgende Beispiel zeigt:

Josef . . .

114 Berlin DDR, am 1979
... weg 70 Nr. 5

Ihr Stellengesuch unter CH 24

Sehr geehrter Herr,

Ihr Zeitungsinserat war für mich Anlaß, mich mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Im Rahmen der Erweiterung der Geschäftskontakte erscheint es uns angezeigt, im Auftrage unseres Werbebüros Pankow eine von Ihnen angestrebte freie Mitarbeitertätigkeit anzubieten.

Sollten Sie über Erfahrungen in der Wirtschaftspublizistik verfügen, käme dies unseren Vorstellungen sehr entgegen.

Es wäre daher am besten, mich nähere Einzelheiten wissen zu lassen.

Hierzu halten wir ein unverbindliches Gespräch in Berlin für vorteilhaft.

Die Reisekosten werden Ihnen erstattet.

Da ich mich nicht ständig im Raum Berlin aufhalte, erbitte ich Ihren Terminvorschlag 14 Tage vor Antritt der Reise.

Mit freundlichen Grüßen

Zahlreiche Anbahnungen beruhen jedoch auch auf Hinweisen und der Weitergabe von persönlichen Daten an örtliche Nachrichtendienste durch Personen aus dem Bekanntenkreis.

Vorgeschobene Bildungs- und Forschungseinrichtungen dienen häufig der Tarnung der eigentlich verfolgten Ziele und richten sich nach den von den jeweiligen Zielpersonen gegnerischer Dienste genannten Berufs- und Zugangsmöglichkeiten. Hierfür ein Beispiel:

Dresden, den 1978

Hallo . . . ,

bevor ich zum Grund meines Schreibens komme, darf ich Dir unbekannterweise zum bestandenen Examen gratulieren und für Dein weiteres berufliches Fortkommen viel Erfolg wünschen.

Sicher wirst Du die Frage stellen, durch welchen Umstand mir Deine Adresse bekannt wurde. Als Angehöriger einer Studentenarbeitsgemeinschaft, die die Abhängigkeit der Gesellschaftssysteme von den jeweiligen wirtschaftlichen Einfüssen untersucht, fiel mir bei einer demoskopischen Marktanalyse Deine Adresse in die Hand.

Aufgrund Deiner Studienrichtung gehe ich davon aus, daß Dich die Thematik unserer Arbeitsgemeinschaft in ähnlicher Weise beschäftigt.

Ich würde mich daher freuen, wenn Du Dich zu einem gegenseitigen Gedankenaustausch bereit finden würdest.

Sollte mein Schreiben Dein Interesse geweckt haben, würde ich eine persönliche Aussprache in Berlin vorschlagen, da einerseits der verhältnismäßig lange Postweg vermieden wird und ich andererseits auch in der Lage wäre, Dir einige Sehenswürdigkeiten unserer Stadt zu zeigen.

Bitte benachrichtige mich rechtzeitig von Deinem Eintreffen, damit ich mich um Hotelzimmer kümmern kann.

Deine entstehenden Reisekosten können in vollem Umfange erstattet werden.
Ich erwarte Deine baldige Antwort

Wolfgang Müller

Die «Anbahner» verstehen es, von den wahren Motiven abzulenken und den möglichen Gesprächspartner von der Legalität der Geschäftsverbindung mit der DDR zu überzeugen, wie folgender Fall zeigt:

Z. bekam am 24. März 1979 einen Anruf von einem Weinbach (phon.) aus Ost-Berlin. Gegenstand des Anrufs war eine Stellenanzeige des Z. in einer überregionalen Zeitung

«Student sucht Nebenbeschäftigung, Führerschein vorhanden, Angaben unter Nr. 2498 an den Verlag oder Kontaktaufnahme über Telefon Nr.:»

W. gab an, er habe für Z. eine Beschäftigung. Er solle als Vorbereitung für die Herausgabe eines Buches verschiedene Ziele in der Bundesrepublik aufsuchen – insbesondere Kulturdenkmäler – und diese fotografieren. Z. solle dann nach Ost-Berlin kommen, um nähere Einzelheiten zu erfahren. W. sagte die Erstattung der Flugkosten für Z. zu.

Häufig waren Zielpersonen für nachrichtendienstliche Ansprachen Angehörige des öffentlichen Dienstes, die sich bei privaten Reisen in den kommunistischen Machtbereich ersten Anwerbungsversuchen ausgesetzt sahen.

Eine weitere Zielgruppe waren Studenten. Sie stellen für die gegnerischen Nachrichtendienste «Perspektivagenten» dar, da hier noch die spätere berufliche Laufbahn beeinflusst werden kann.

Wissenschaftler und Personen aus der Wirtschaft können auf Messen, Kongressen und sonstigen Fachtagungen im Ostblock Anwerbungskontakten ausgesetzt sein. Das Fachgespräch unter «Kollegen» ist eine unauffällige Möglichkeit, den Ge-

sprächspartner kennenzulernen und seine Verhältnisse zu studieren, um hierbei Ansatzpunkte für eine gezielte nachrichtendienstliche Ansprache bis hin zur Schaffung von Druckmitteln jeglicher Art zu gewinnen.

Die kommunistischen Nachrichtendienste nutzten im übrigen die in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Einrichtungen ihrer Staaten intensiv für ihre Zwecke. In den diplomatischen Vertretungen dieser Länder bestehen nachrichtendienstliche Stützpunkte, sogenannte *Legale Residenden*, denen zum Teil mehr als die Hälfte der Beschäftigten angehörten. Der Anteil an Mitarbeitern mit diplomatischem Status ist hierbei im Hinblick auf Vorrechte und Befreiungen hinsichtlich der Strafverfolgung relativ hoch.

Daneben benutzten auch die sowjetischen, tschechoslowakischen, polnischen und rumänischen Nachrichtendienste Aussiedlungsbemühungen sowie die vermehrte berufliche und private Reisetätigkeit zu nachrichtendienstlichen Ansprachen.

Häufig locken die Nachrichtendienste mit der Gewährung finanzieller Vorteile. Ideologische Begründungen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Umfang der Werbungen und Werbungsversuche

Bereits im Vergleich der Jahre 1977 und 1978 war bundesweit ein erheblicher Anstieg der erkannten Werbungen und Werbungsversuche zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzte sich 1979 fort. Hessen lag hierbei erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Erneut gingen über 70 % der nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Warschauer-Paktstaaten gegen die Bundesrepublik Deutschland von den Nachrichtendiensten der DDR aus. Dies trifft auch für Hessen zu. Es folgen die Nachrichtendienste Polens, der CSSR und der

UdSSR. Dabei ist der Anteil der tschechoslowakischen Dienste in Hessen nach wie vor höher als im übrigen Bundesgebiet. Bei den Nachrichtendiensten von Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und Bulgarien ist ein Ansteigen der Aktivitäten zu verzeichnen.

Führungsmethodik

Die Führungsmethodik der Ostblock-Nachrichtendienste hat sich kaum verändert.

Die DDR-Nachrichtendienste bevorzugen weiterhin den nachrichtendienstlichen Treff innerhalb des eigenen Machtbereichs. Informationsträger sind weiterhin Fernsprech-, Funk- und Briefverkehr sowie der Einsatz von Kurieren und Instruktoren. Als Kuriere werden auch in den Westen reisende Rentner eingesetzt, da es sich hierbei um die einzige größere Personengruppe handelt, der das SED-Regime ohne Schwierigkeiten erlaubt, Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland zu besuchen.

Die übrigen nachrichtendienstlich gegen die Bundesrepublik Deutschland aktiven Staaten nutzen daneben im wesentlichen die hier eingerichteten amtlichen und halbamtlichen Vertretungen. In Hessen kann sich die UdSSR hierbei auch ihrer in Frankfurt am Main ansässigen *Militärmission* bedienen. Es ist eines der drei Bundesländer, in dem die UdSSR noch heute eine *Militärmission* unterhält.

Ausspähungsziele

Das Hauptinteresse des Gegners richtete sich in Hessen auf den wirtschaftlichen und politischen Bereich, wobei die Wirtschaftsspionage im Vordergrund stand.

Die günstige Verkehrslage des Landes Hessen sowie hier angesiedelte bedeutende Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen dürften hierbei den Ausschlag gegeben haben.

Beurteilung

Der Übertritt des Geheimdienstoffiziers Stiller in den Westen und die erfolgreiche Arbeit unserer Spionageabwehr haben die Nachrichtendienste der Ostblockstaaten, insbesondere die der DDR, verunsichert. Zu der Enttarnung und Festnahme zahlreicher Spione haben neue Methoden und die von Stiller mitgebrachten Unterlagen über im Westen tätige Agenten und seine Aussagen über ihre Arbeitsweise beigetragen. Die kommunistischen Nachrichtendienste müssen davon ausgehen, daß eine erhebliche Zahl ihrer in den westlichen Staaten bestehenden Stützpunkte erkannt ist.

Die Erfolge der Spionageabwehr dürfen jedoch nicht dazu führen, daß der Abwehrwille der Bevölkerung gegenüber Ausspähung, Geheimnisverrat und Sabotage nachläßt. Die gegnerischen Nachrichtendienste werden versuchen, die erlittenen Niederlagen durch vermehrte Anstrengungen wettzumachen. Der Verfassungsschutz ist deshalb bei seiner unverzichtbaren Abwehraufgabe weiterhin auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Jeder Bürger, der von einem ausländischen Nachrichtendienst angesprochen wird, ist deshalb im Interesse des Gemeinwohls und in seinem eigenen aufgerufen, derartige Kontaktversuche unverzüglich den Verfassungsschutzbehörden zu offenbaren. Dies gilt auch für diejenigen, die in fremdem Interesse bereits nachrichtendienstlich tätig geworden sind.